

<36620032470011



<36620032470011

Bayer. Staatsbibliothek

1/10/1911

Immanuel Kant

und

die preussische Censur.

Nebst kleineren Beiträgen

zur

Lebensgeschichte Kants.

Nach den Akten im Königl. Geheimen Staatsarchiv zu Berlin.

Von

Dr. Emil Fromm,

Bibliothekar der Stadt Aachen.



Hamburg und Leipzig,
Verlag von Leopold Voss.
1894.

Immanuel Kant's Sämmtliche Werke.

In chronologischer Reihenfolge herausgegeben

von **G. Hartenstein.**

8 Bände, gr. 8°. M. 36.—, gebunden in Halbfranz M. 48.—.

Ausführliches Inhaltsverzeichnis der einzelnen Bände auf Wunsch unentgeltlich und postfrei.

Kritik der reinen Vernunft.

Herausgegeben von

Benno Erdmann.

Dritte, mehrfach verbesserte Stereotypausgabe. Mit Kant's Bildniss.

M. 2.—, geb. in Leinwand M. 2.80.

Kritik der Urtheilskraft.

Herausgegeben von

Benno Erdmann.

Zweite Stereotypausgabe.

M. 2.—, geb. in Leinwand M. 2.80.

Prolegomena

zu einer jeden künftigen Metaphysik, die als Wissenschaft wird auftreten können.

Herausgegeben und historisch erklärt von

Benno Erdmann.

M. 4.—.

Kant's Criticismus in der ersten und zweiten Auflage der Kritik der reinen Vernunft. Eine historische Untersuchung von **Benno Erdmann.** 1878. M. 7.20.

Immanuel Kant's Erkenntnisstheorie nach ihren Grundprinzipien analysirt. Ein Beitrag zur Grundlegung der Erkenntnisstheorie von **Johannes Volkelt.** 1879. M. 10.—.

Kant's Dinge an sich und sein Erfahrungsbegriff. Eine Untersuchung. Von **M. W. Drobisch.** 1885. M. 2.—.

Die monadologischen Bestimmungen in Kant's Lehre vom Ding an sich. Von **Otto Riedel.** 1884. M. 1.—.

Martin Knutzen und seine Zeit. Ein Beitrag zur Geschichte der Wolfischen Schule und insbesondere zur Entwicklungsgeschichte Kant's. Von **Benno Erdmann.** 1876. M. 4.—.

Jacob Friedrich Fries als Kritiker der Kantischen Erkenntnistheorie. Eine Antikritik von Dr. **Hermann Strassosky.** 1891. M. 1.50.

Kant's Bildniss. Nach **Stobbe,** gestochen von **Preisel und Geyer.** 4°. Chinesisches Papier. M. 1.—

Immanuel Kant

und

die preussische Censur.

Nebst kleineren Beiträgen

zur

Lebensgeschichte Kants.

Nach den Akten im Königl. Geheimen Staatsarchiv zu Berlin.

Von

Dr. Emil Fromm,

Bibliothekar der Stadt Aachen.

Hamburg und Leipzig,
Verlag von Leopold Voss.
1894.



Vorwort.

KUNO FISCHER bezeichnet in der Vorrede zu den KANT behandelnden Teilen seiner *Geschichte der neuern Philosophie* jede Arbeit als dankenswert, die durch zuverlässige Forschung die dürftigen und unsicheren Berichte über das Leben unseres größten Philosophen ergänzt und berichtigt.

Die hier gebotenen kleinen Beiträge zur Lebensgeschichte KANTS haben sich mir wenigstens aus der Benutzung eines zuverlässigen Quellenmaterials, den Akten des *Königlichen Geheimen Staatsarchivs zu Berlin* ergeben; ihren Hauptinhalt bildet die Darstellung des Konfliktes, in welchen KANT durch seine religionsphilosophischen Untersuchungen unter der Regierung FRIEDRICH WILHELMS II. mit der Censurbehörde verwickelt worden ist.

Dieser denkwürdige Streit hat eine eingehendere Darstellung, abgesehen von den KANT-Biographien bei FISCHER und SCHUBERT, bisher nur durch W. DILTHEY im 3. Bande des *Archivs für Geschichte der Philosophie* erfahren. DILTHEY hat seinen Aufsatz, zu welchem er durch die Auffindung zweier ungedruckter Vorreden der Schrift: *Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft* in den Rostocker KANT-Handschriften veranlaßt wurde, nach seiner eigenen Angabe unter Heranziehung aller zur Zeit erreichbaren handschrift-

lichen Materialien, nämlich außer den Rostocker Papieren der Königsberger Universitätsakten, sowie der Akten des *Berliner Geh. Staatsarchivs* gearbeitet. Er hat aber das Aktenmaterial des letzteren, von dem ein Theil übrigens bereits früher durch FRIEDR. KAPP im 4. Bande des *Archivs für Geschichte des Deutschen Buchhandels* zum Abdruck gebracht war, meist nur in knappen Auszügen wiedergegeben und den Zusammenhang des Konfliktes mit den Regierungsprinzipien, welche mit dem Tode FRIEDRICHS des Großen in Preußen die Herrschaft gewannen, nur eben angedeutet.

In dieser Richtung schien der Gegenstand einer erneuten Behandlung wert, welche den Ursprung des Kampfes und den Verlauf in allen seinen Einzelheiten und Beziehungen zu den gleichzeitigen innerpolitischen Vorgängen darzulegen sich vorsetzte.

Die Regierung FRIEDRICH WILHELMS II. ist aufs engste verknüpft mit dem Namen „WÖLLNER“ und berüchtigt durch diesen Namen. Bei der Beurteilung des Königs wird aber meist übersehen, daß die durch ihn gegen das Überwuchern der Aufklärung eingeleitete Reaktion ihre volle Berechtigung hatte und daß nur durch die Ungeschicklichkeit derjenigen, welche den Gegenstoß zu führen berufen wurden, die überraschend eigenartige Wendung, die die Dinge alsbald nehmen sollten, verschuldet worden ist. Ihren täppischen Händen ist denn auch KANT zum Opfer gefallen, der seine religionsphilosophischen Abhandlungen einem Organe zum Abdruck anvertraute, welches den ganzen Zorn der neuen Machthaber durch sein Verhalten auf sich ziehen mußte.

Die Arbeit erscheint an der Grenze zweier Jahre: im Sommer des bald abgeschlossenen Jahres ist ein Jahrhundert vergangen, seit KANTS *Religion innerhalb der Grenzen der*

bloßen Vernunft erschienen ist; im kommenden Jahre wird die Universität, welcher KANT als gefeiertster Lehrer angehört hat und deren Zierde er genannt werden darf, die Jubelfeier ihres 350jährigen Bestehens begehen. Vielleicht vermögen auch diese Umstände dem Gegenstande einiges Interesse zu verleihen.

Aachen, im Dezember 1893.

E. Fromm.

Inhalt.

	Seite
• Vorwort	III—V
I. KANT und die preussische Censur.	
Begriff der Präventiv-Censur	4
Repressiv-Censur im Altertum	5
Repressiv-Censur im Mittelalter.....	7
Entstehung der Präventiv-Censur	8
Ihre Entwicklung in Deutschland.....	8
Censur in Preussen.....	10
Die <i>Berlinische Monatsschrift</i> und die Aufklärung.....	12
Beginn der Reaktion	18
Religionsedikt.....	20
Censuredikt von 1788.....	21
HERMES und HILLMER als Censoren.....	22
KANT und die <i>Berlinische Monatsschrift</i>	24
Druckverbot eines KANTSchen Aufsatzes	26
BIESTERS Immediatgesuch	28
KANT vor dem Staatsrat	34
Die Entscheidung des Staatsrates	37
KANTS Religionsschrift und die Königsberger Universität.....	38
Die <i>Religion innerhalb der Grenzen</i> etc. erscheint.....	40
Neue Censurmaßregeln	43
Vorgehen gegen die Universitäten	44
Maßregelung HASSES	45
Angebliche Studentenexcesse	47
Maßregelung KANTS	48
Verantwortung KANTS.....	49
Tod des Königs.....	51
Der Streit der Fakultäten.....	52
II. Kleinere Beiträge zur Lebensgeschichte KANTS.	
1. KANTS Bewerbung um das Unterbibliothekariat an der Königs- berger Schloßbibliothek.....	55
2. Aus den Vorlesungsverzeichnissen der Universität Königsberg	60
3. KANTS Gehaltsverhältnisse.....	62

I.

Kant

und

die preussische Censur.

Von allem, was Fesseln scheut, kann nichts so wenig sie ertragen, als der Gedanke des Menschen; gleichwohl gehört das Prinzip der Pressfreiheit, welches dem Einzelnen ein durch rechtliche Schranken zwar begrenztes, aber eben hierdurch auch gesichertes und unter richterlichen Schutz gestelltes Recht der öffentlichen Meinungsäußerung gewährt, unter die Errungenschaften der neuen politischen Zeit. In England freilich war diese Freiheit schon gegen Ende des 17. Jahrhunderts zur Geltung gelangt, indem das Parlament im Jahre 1694 die Erneuerung der älteren Censurakte ablehnte,¹ in Dänemark war sie vorübergehend unter dem Einfluß des Grafen BERNSTORFF durch ein königliches Reskript vom 14. September 1770 gewährt worden; für die übrigen Staaten des europäischen Festlandes aber sind erst unter der Einwirkung der französischen Revolution² die bis in unsere Zeit sich hinziehenden Kämpfe um das Recht des freien öffentlichen Meinungsaustausches eingeleitet worden. Überall tauchte nun mit dem Ringen um die konstitutionelle Staatsform die Frage der Pressfreiheit auf, sie ward „die tiefste Herzensangelegenheit aller gebildeten Völker“, indem die edelsten Geister sie als das sicherste

¹ Vergl. FRIEDR. VON GENTZ, Über die Pressfreiheit in England, in den Schriften, hrsg. von G. SCHLESIER Thl. 2, S. 33 ff.; R. GNEIST, *Englisches Verfassungsrecht* III, S. 262.

² Die Erklärung der Menschenrechte vom August 1789 stellte in Art. 11 die Rede-, Schreib- und Pressfreiheit als ein jedem Menschen und Staatsbürger von Natur aus zustehendes angeborenes Recht hin: „La libre communication des pensées et des opinions est un des droits les plus précieux de l'homme; tout citoyen peut donc parler, écrire, imprimer librement, sauf à répondre de l'abus de cette liberté dans les cas déterminés par la loi.“

Palladium, als den Schutz und Schirm aller geistigen, religiösen und politischen Freiheit priesen. Später als anderwärts ist man in Deutschland — sonderbar genug, wo wir der Erfindung der Buchdruckerkunst uns rühmen können — in den endlichen Genuß dieses Rechtes gelangt; das Revolutionsjahr 1848 liefs noch vorbeugende Mafsregeln gegen den Mißbrauch der Presse bestehen, welche das wirkliche Bedürfnis eines wirksamen Rechtsschutzes vielfach überschritten, und erst das Reichsgesetz vom 7. Mai 1874 hat das Pressrecht in der Hauptsache einheitlich so geregelt, dafs die präventiv-polizeilichen Mittel gegen Ausschreitungen auf ein geringes Mafs eingeschränkt worden sind.¹

Begriff
der
Präventiv-
Censur.

Die Negirung der Pressfreiheit, die Censur, worunter wir diejenige Einrichtung zu verstehen haben, welche alle durch den Druck zu veröffentlichenden Schriftwerke vor der Drucklegung einer obrigkeitlichen Prüfung und Genehmigung unterwirft, ohne solche Genehmigung — ohne das sog. „Imprimatur“ —

¹ Die Verfassung der Cortes vom 19. März 1812 sicherte (§ 371) den Spaniern wenigstens das Recht, „ihre politischen Ideen, ohne dafs sie einer vorgängigen Erlaubnis, Revision oder irgend einer Genehmigung bedürfen, niederzuschreiben, drucken zu lassen und bekannt zu machen“; die Eidswolder Verfassung Norwegens vom 4. November 1814 erklärte in § 100: „Die Druckfreiheit soll stattfinden. . . Freimütige Äufserungen über die Verwaltung des Staates oder irgend einen anderen Gegenstand sind einem jeden erlaubt;“ die bayerische Verfassungsurkunde vom 26. Mai 1818 besagte in Tit. IV, § 11: „Die Freiheit der Presse und des Buchhandels ist nach den Bestimmungen des hierüber erlassenen besonderen Ediktes gesichert“, was freilich schon im folgenden Jahre durch die Karlsbader Beschlüsse illusorisch gemacht ward. In Frankreich, wo die Willkürherrschaft des ersten Kaiserreichs in Presssachen durch die Verfassung vom 4. Juni 1814 beseitigt wurde, führten die Pressordonnanzten KARLS X. vom 25. Juli 1830 die Censur wieder ein; am 7. August desselben Jahres erklärte der § 8 des Gesetzes der Thronübertragung an LOUIS PHILIPP aber wiederum: „Die Censur kann nie mehr eingeführt werden.“ Art. 14 der Staatsverfassung Belgiens vom 25. Februar 1831 lautete: „Die Freiheit, seine Gedanken zu äufsern, auf welche Art es sein mag, ist zugesichert, mit Vorbehalt der Unterdrückung der Vergehungen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen

ihre Herausgabe verbietet¹, war im letzten Viertel des 15. Jahrhunderts der Erfindung JOHANN GUTENBERGS auf der Ferse gefolgt. Dem Altertum und dem Mittelalter, solange der geistige Verkehr der Menschheit auf mündliche und schriftliche Mitteilungen beschränkt gewesen, war diese Präventiv-Überwachung der litterarischen Thätigkeit fremd geblieben. Keineswegs aber hatte man gegen die Veröffentlichung unbequemer Bücher, Schmähschriften oder Spottgedichte überhaupt sich gleichgültig verhalten; Reaktionen der Staatsgewalt gegen den bereits geäußerten und verbreiteten Gedanken, Straf- und Unterdrückungsbestimmungen gegen bereits veröffentlichte Libelle begegnen uns vielmehr schon in den frühesten Zeiten. Das erste Beispiel einer Art Theaterzensur aus dem Jahre 498 vor Chr. findet sich bei HERODOT. Als PHRYNICHOS von Athen in seiner „Eroberung von Milet“ die Jammerscenen darstellte, welche Milet, die Tochterstadt und Verbündete von Athen, bei der persischen Eroberung nach dem Aufstande der Ionier

Repressiv-
Censur
im
Altertum.

werden.“ Nachdem die Verfassungsurkunde für den preussischen Staat vom 5. Dez. 1848 in Art. 24 und die österreichische Verfassung vom 7. März 1849 in § 5 der Grundrechte die Pressfreiheit in weiterem Umfange zugesichert hatten, ergingen am 6. Juli 1854 die Bundesbestimmungen zur Verhinderung des Mißbrauchs der Pressfreiheit. Sie brachten für die Mehrzahl der Bundesstaaten — in den größeren wurden sie nicht verkündet — wenig erfreuliche Beschränkungen, in § 8 aber doch auch ein erheiterndes Moment: „Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift muß unbedingt dispositionsfähig sein. Die Redaktion von Zeitschriften wissenschaftlichen Inhalts . . . kann auch Personen gestattet werden, welche . . . die Dispositionsfähigkeit nicht besitzen.“ Schliesslich sei auch noch der Juniverordnungen über die Pressfreiheit in Preussen vom Jahre 1863 gedacht.

Aus der grossen Zahl der deutschen Parlamentsreden über die Pressfreiheit aus den vierziger Jahren ragt durch Form und Inhalt besonders die von HEINR. BROCKHAUS in der 2. sächs. Ständekammer am 6. April 1843 gehaltene hervor (*Mitteilungen über die Verhandlungen des Landtages 1842/43*, 2. Kammer, S. 1216 ff.; jetzt auch abgedruckt bei TH. FLATHE, *Deutsche Reden*, Leipzig 1893, S. 227 ff.).

¹ Vergl. R. LOENING, Über Censur und Pressfreiheit (*Deutsche Rundschau*, hrsg. von J. RODENBERG, Bd. 66, 1891, S. 441 ff.).

betroffen hatten, und als das ganze Theater dadurch bis zu Thränen gerührt ward, da strafte das Volk den Dichter um eine bedeutende Geldsumme.¹ Das erste Buch, von dessen gewaltsamer Unterdrückung die Geschichte berichtet, des Philosophen PROTAGORAS Schrift *περὶ θεῶν*, welche von Staatswegen in Athen auf öffentlichem Markte kaum 20 Jahre nach dem Tode des PERIKLES verbrannt wurde, ist religions-philosophischen Inhaltes, wie denn in dem von je gespannten Verhältnis zwischen Philosophie und Religion der Censur auch in der Folge eine besonders bedeutsame Rolle zufallen sollte. In Rom enthielten schon die Zwölf-Tafel-Gesetze überaus strenge Bestimmungen gegen Pasquille und Spottgedichte²; die eigentlichen Feindseligkeiten gegen den freien Gedanken begannen aber erst mit der Imperatorenzeit. AUGUSTUS war nach TACITUS der Erste, der das Majestätsgesetz, durch welches seither nur Handlungen verfolgt worden waren, zum Vorwand nahm, um Worte zu ahnden, um über Schmähschriften Untersuchungen anstellen zu lassen.³ Unter TIBERIUS wurde CREMUTIUS CORDUS, welcher in seinem Geschichtswerke den M. BRUTUS gelobt und G. CASSIUS den letzten Römer genannt hatte, unter Anklage gestellt. Er wählte vor Ausgang seines Processes den freiwilligen Hungertod; seine Schriften wurden auf Anordnung des Senates den Ädilen zum Verbrennen überantwortet, aber sie erhielten sich im Publikum unter dem Schutze der Verborgenheit und „wurden um so gesuchter.“⁴ „Man muß,“ fügt TACITUS seiner Erzählung des Vorfalles hinzu, „über die Beschränktheit derjenigen lächeln, die da wähnen, durch ihre augenblickliche Allgewalt auch das Andenken bei der Nach-

¹ HERODOT VI, 21: ἐξημίωσάν μιν ὥς ἀναμνήσαντα οἰκήρια καὶ χιλίησι δραχμῇσι καὶ ἐπέταξαν μηκέτι μηδένα χρᾶσθαι τούτῳ τῷ δράματι.

² Vergl. CICERO, *De republica* IV, 10; H. E. DIRKSEN, *Die Zwölf-Tafel-Fragmente*, Leipzig 1824, S. 512 ff.

³ TACITUS, *Annales* I, 72.

⁴ DIO LVII, 24: πολὺ ἀξιοσπουδασιότερα ὑπὸ τῆς τοῦ Κόρδου συμφορᾶ ἐγένετο.

welt austilgen zu können. Im Gegenteil, durch Verfolgung der Geister wächst deren Bedeutung, und auswärtige Könige und andere, welche die gleiche Tyrannei geübt, haben damit sich selbst nur Schande und jenen anderen Ehre erworben.“¹ In ähnlicher Weise wurde die Todesstrafe an den Werken des Historikers TITUS LABIENUS in Rom vollzogen. Unter CALIGULA wurden dann die Schriften des LABIENUS und CORDUS wieder erlaubt, und so wechselten freisinnige Anschauungen mit allgemeinem Gedankenzwange auch in den folgenden Jahrhunderten der Kaiserzeit.² Nicht wesentlich anders wurden die Verhältnisse im Mittelalter, als die Kirche die Überwachung der Geistes- und Denkfreiheit übernahm. Konzilien und Päpste übten das Censoramt; durch Verbote, welche in der Regel die Vernichtung der Bücher durch Verbrennen im Gefolge hatten, suchte man namentlich ketzerische Schriften zu unterdrücken, und da die Vervielfältigung der Bücher durch Abschreiben eine langsame, die Verbreitung eine geringe blieb, so konnte man leicht der in Umlauf befindlichen Manuskripte habhaft werden. Als zweifelhaft muß es angesehen werden, ob man eine vorgängige Prüfung der zu verbreitenden Schriften durch besonders hierzu verordnete Körperschaften im Mittelalter gekannt und geübt hat. Die auf den mittelalterlichen Universitäten zum Teil von besonderen Beamten geübte Kontrolle über die zu verkaufenden und zu verleihenden Handschriften scheint doch nur auf die Korrektheit der Abschriften Bezug gehabt und mit der späteren Censur des Inhaltes der Schriftwerke in keinem Zusammenhang gestanden zu haben.³

Repressiv-
Censur
im
Mittelalter.

¹ TACITUS, *Annales* IV, 35.

² Vergl. W. A. SCHMIDT, *Geschichte der Denk- und Glaubensfreiheit im ersten Jahrhundert der Kaiserherrschaft*, Berlin 1847, S. 96 ff. In einem Aufsatz über das Staatszeitungswesen der Römer (*Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* I, 327 ff.) hat SCHMIDT für die Kaiserzeit auch den ersten Keim einer präventiven Censur in der Beeinflussung der „Acta populi Romani diurna“ durch die Imperatoren nachgewiesen.

³ Vergl. LOENING a. a. O. S. 444, *Anm.* — Eine Präventiv-Censur durch die Universitäten nehmen hingegen an: J. FRANKE, *Die Abgabe*

Entstehung
der
Präventiv-
Censur.

Erst die ungeahnte Vervielfältigung, welche der Buchdruck ermöglichte, die rasche und grofse Verbreitung der gedruckten Bücher und die hierdurch bewirkte neue unermefsliche Steigerung des Gedankenverkehrs haben die Kirche zu dem Verlangen vorgängiger Druckerlaubnis geführt; die Massenwirkungen der GUTENBERGSchen Erfindung haben die Präventivcensur im eigentlichen Sinne als eine Schutzwehr der katholischen Kirche in der beginnenden religiösen Bewegung des ausgehenden 15. Jahrhunderts hervorgerufen. „Sie warf sich wie ein wunderbares Gebilde mit unzähligen Köpfen, Fühlhörnern und Tastorganen dem plötzlich zauberhaft beschleunigten Ideenaustausch entgegen, um ihn durch tausend und aber tausend Klammern und Häkchen zu fesseln und zu hemmen, damit er die Geisterwelt in ihrem Umschwunge nicht allzu rasch vorwärts treibe.“

Ihre Ent-
wicklung
in Deutsch-
land.

Der ersten hierhin zielenden päpstlichen Anordnung aus dem Jahre 1479, welche der Universität Köln die Befugnis verlieh, mit kirchlichen Censuren gegen Drucker, Käufer und Leser häretischer Bücher vorzugehen, folgten verschärfte Bestimmungen über Büchercensur in den Bullen ALEXANDERS VI. BORGIA von 1496 und vom 1. Juni 1501 und in der Konstitution Inter sollicitudines vom 4. Mai 1515, welche letztere vom Tridentinischen Konzil bestätigt und in dessen Satzungen aufgenommen wurde und das Vorbild für alle späteren Erlasse blieb. Die weltliche Gewalt säumte nicht, dem von der geistlichen gegebenen Beispiele zu folgen; das Wormser Edikt von 1521 begründete die deutsche Büchercensur, und seitdem läuft durch die Reichsabschiede des Jahrhunderts eine Reihe von Geboten und Mahnungen zu strenger Aufsicht über die Druckereien und ihre Erzeugnisse, um die dynamitalen Wirkungen, welche die Presse gegen bestehende Einrichtungen und Autoritäten im Volke hervorbrachte, abzuwehren und den

der Pflichtexemplare von Druckerzeugnissen (Sammlung bibliothekwissenschaftl. Arbeiten, Heft III), Berlin 1889, S. 9, und FR. KAPP, *Geschichte des deutschen Buchhandels*, Bd. I, S. 525.

Schwall der aufregenden Flugschriften zu mäßigen, mit denen die Parteien im Reiche gegeneinander polemisierten. Die Reichs-Polizeiordnung vom Jahre 1548 verpflichtete die Reichsstände, darauf zu sehen, „daß in ihren Landen nichts geschrieben oder gedruckt werde, so der katholischen Lehr, der heiligen christlichen Kirchen ungemäß und widerwärtig, oder zu Unruhe und Weiterung Ursach geben könne.“ Die specielle Beziehung auf den Schutz der katholischen Lehre mußte nach Abschluß des Augsburger Religionsfriedens in den Reichsgesetzen gestrichen und jedem Reichsstande überlassen werden, in welchem Sinne er sie handhaben wolle. So wurde in der Polizeiordnung vom Jahre 1577 Tit. XXXV verordnet, daß „hinführo alle Buchdrucker, Verleger oder Händler, wo und an welchen Orten die im heiligen Reich gesessen sind, bei Niederlegung ihres Handwerks, auch einer schweren Pön, nach Ermäßigung ihrer ordentlichen Oberkeit, unnachlässlich zu bezahlen, keine Bücher, klein oder groß, wie die Namen haben möchten, in Druck ausgehen lassen sollen, dieselben seyen dann zuvor durch ihre ordentliche Oberkeit eines jeden Orts oder ihre darzu Verordnete besichtigt, und der Lehr der Christlichen Kirchen, desgleichen den auffgerichteten Reichsabschieden gemäß befunden, darzu daß sie nicht auffrührisch oder schmähsch, es treff gleich hohe und niedere Stände, gemeine oder sondere Personen an, und deshalben approbirt und zuzulassen.“ Mit der Beilegung der Religionswirren durch den osnabrückischen Friedensschluß trat die Beziehung auf die Religion in den Censurvorschriften in Deutschland mehr zurück; man begann nun auch die Meinungsäußerung über politische Dinge besonders zu fürchten, und in KARLS VI. Patent von 1715 gegen die „Schmähschriften“ ist neben dem konfessionellen Momente schon ausdrücklich von „verbotenen Staatssachen“ und sehr schädlichen, des heil. römischen Reiches Gesetze und Ordnungen „anzapfenden, verkehrten, neuerlichen Lehren“ und Büchern die Rede. Im ganzen und großen wurde aber doch in der

Zeit von 1648 bis zur französischen Revolution die Censur in Deutschland nicht allzu eifrig geübt; ihre nachlässige Handhabung durch die territorialen Obrigkeiten wird in den Reichsgesetzen immer wieder beklagt, und dank der Zersplitterung des Reiches in kleine und kleinste Gewalten „gab es in Deutschland nicht leicht irgend etwas, worüber man nicht wenigstens an irgend einem Orte Deutschlands mit unbeschränkter Freiheit sich hätte äußern können“.

Censur
in
Preußen.

Was Brandenburg-Preußen anbetrifft, so begann hier erst mit der Regierung König FRIEDRICHS II. sich eine umfassendere literarische Thätigkeit zu entfalten. Buchhandel und Buchdruck hatten, nachdem Kurfürst JOACHIM II. im Jahre 1540 den ersten Drucker nach Berlin gerufen, in dem unfruchtbaren Sande der Marken keinen gedeihlichen Boden während der beiden ersten Jahrhunderte gefunden;¹ im Beginne des 18. Jahrhunderts zählte Berlin nicht mehr als vier Buchhändler, und es war nicht vonnöten, die Presse noch in die Fesseln der Censur zu legen. Ein Reskript des Großen Kurfürsten vom Jahre 1654 hatte die Präventiv-Censur für theologische Schriften angeordnet, sein Nachfolger ließ eine durchaus milde Praxis für Preßerzeugnisse walten, welche eine Verschärfung nur gegenüber den lutherischen Zeloten erfuhr, und beim Tode FRIEDRICH WILHELMS I. befand Preußen sich ohne jede allgemeine Censurvorschrift. Ein „Allgemeines Censuredikt“ für die preussischen Lande erging erst unter FRIEDRICH dem Großen am 11. Mai 1749. Es unterwarf alle im Inlande gedruckten Schriften der vorherigen Approbation einer aus vier Gelehrten bestehenden Zentralkommission; ausgenommen waren nur die von der Berliner Akademie zum Druck beförderten oder auf Universitäten herausgegebenen Schriften, über welche den betreffenden Körperschaften die Entscheidung zustand; nur die

¹ Vergl. FR. KAPP, Buchhandel und Buchdruck in Brandenburg-Preußen 1540—1740, im *Archiv für Geschichte des deutschen Buchhandels* VII, 1882, S. 6 ff.

politischen Schriften gehörten unter allen Umständen zur Censur des auswärtigen Ministeriums.

Als König FRIEDRICH auf den Antrag des Justizministeriums am 16. März 1749 die Ernennung besonderer Censoren genehmigt hatte, da hatte er zugleich seine bestimmte Willensmeinung dahin geäußert, „daß ein ganz vernünftiger Mann zu solcher Censur ausgesucht und bestellet werden soll, der eben nicht alle Kleinigkeiten und Bagatellen releviret und aufmutzet,“ und in diesem Geiste besagte der § 10 des vollzogenen Ediktes, daß bei der vorgeschriebenen Censur die königliche Absicht keineswegs dahin gerichtet sei, „eine anständige und ernsthafte Untersuchung der Wahrheit zu hindern, sondern nur vornehmlich demjenigen zu steuern, was den allgemeinen Grundsätzen der Religion und sowohl moralischer als bürgerlicher Ordnung entgegen ist“. Es sollte den Unterthanen ein weites Maß von Denk- und Pressfreiheit gewährt werden; nur sollte diese Freiheit freilich nach FRIEDRICHS Absichten weniger der politischen wie der theologisch-philosophischen Diskussion zu statuten kommen. Es entsprach durchaus seinem Verständnisse für den Wert der öffentlichen Meinung, daß er die Haltung der Presse gegenüber seiner Politik mit Aufmerksamkeit beobachtete und ihre Ausschreitungen nicht ungeahndet wissen wollte. Für die politischen Zeitungen begann kein neues Leben, sie wurden vielmehr trotz des Wortes, daß „Gazetten, wenn sie interessant sein sollen, nicht geniert werden müssen“, ängstlich überwacht;¹

¹ Ueber FRIEDRICHS Verhalten gegen die Presse findet sich reichliches Material bei J. D. E. PREUSS, *Friedrich der Große*, Bd. III; eine zutreffende Darstellung giebt auch J. BINTZ, *Deutsche Kulturbilder aus sieben Jahrhunderten*, Bd. 2, Hamburg 1893, S. 80 ff. — Um nur ein Beispiel anzuführen, so gab FRIEDRICH dem auswärtigen Departement unter'm 4. Dezember 1782 in betreff einer Schrift des Kriegsrats CRANZ, „*Réalités et Charlataneries autrichiennes*“ eigenhändig den Befehl: „il faut le soumettre à la Critique et ne permettre L'Impression que des choses, qui ne choquent point Les puissances de L'Europe“ (vergl. A. STÖLZEL, *Carl Gottlieb Svarez*, Berlin 1885, S. 265).

desto freier und ungehinderter aber konnte der Geist der Zeit sich in den übrigen Zeitschriften entfalten, in denen fast zu viel von dem zu spüren war, was dem fridericianischen Zeitalter seine Signatur gab: Kritik und Aufklärung.

Die
Berlinische
Monats-
schrift
und die
Aufklärung.

In das Ende der Regierung FRIEDRICHS fällt denn auch die Gründung des freimütigsten Organes, welches bis zum Revolutionsjahr 1848 in den Mauern Berlins erschienen ist, der Berlinischen Monatsschrift.¹ Das Journal verdankt seine Entstehung dem vortrefflichen Direktor des Friedrichswerderschen Gymnasiums in Berlin, FRIEDRICH GEDIKE, welcher von 1783—1791 der Redaktion angehörte, und dem früheren Sekretär des Kultusministers Freiherrn von ZEDLITZ, JOHANN ERICH BIESTER, welcher es in unveränderter Richtung bis zum Jahre 1811 fortführte.² BIESTER war im Jahre 1749 als Sohn eines Lübecker Kaufmannes geboren; er studierte in Göttingen die Rechte, wurde im Jahre 1772 Advokat, dann Lehrer der alten Sprachen und schönen Wissenschaften am Pädagogium in Bützow in Mecklenburg und erwarb in Kiel den Doktorgrad. Durch NICOLAIS Vermittelung kam er 1777 in den Dienst des Ministers von ZEDLITZ, dessen litterarische Korrespondenz er führte, später lebte er als Privatgelehrter in Berlin, bis er im Jahre 1784 als Nachfolger des unfähigen ANTON JOSEPH PERNETY Bibliothekar an der Königlichen Bibliothek wurde. Ein gründlicher Gelehrter und begeisterter Vorkämpfer der Aufklärung, hat er der Berliner Monatsschrift ihre eigentliche Bedeutung gegeben. Die ersten und vorzüglichsten Schriftsteller der Zeit sammelten sich um ihn als Mitarbeiter: JUSTUS MÖSER, MOSES MENDELSSOHN, RAMLER,

¹ Vergl. E. MEYEN, Die Berlinische Monatsschrift von Gedike und Biester, ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Journalismus, in *Prutz' Litterarhistor. Taschenbuch* V, 1847, S. 153 ff.; HETTNER, *Litteraturgeschichte des 18. Jahrhunderts*, Aufl. 4. Thl. 3, Buch 2, S. 236 ff.; L. GEIGER, *Berlin 1688—1840*, Bd. 1, 1893, S. 426 ff.

² Über GEDIKE vergl. KAEMMEL in der *Allg. Deutschen Biographie* VIII, 487 ff., über BIESTER vergl. KELCHNER, ebenda II, 632 ff.

GLEIM, HEYNE, FR. A. WOLF, die Brüder HUMBOLDT¹, FR. SCHLEGEL, ADAM MÜLLER, FICHTE und KANT. Neben den bedeutenden Geistern kamen in dem BIESTERSchen Organe aber auch die unbedeutenden und unberühmten zu Worte, wie das der Praxis des Jahrhunderts des Humanismus und der Toleranz überhaupt entsprach, welches neben dem litterarisch Vollendeten und tief Gedachten auch das Populäre und Seichte gelten liefs, wenn es nur der Sache der Aufklärung diene, dem Volke nützte. „Die aufgeklärten Leute von der Spree pflegten hier,“ um ein Wort HEINRICH VON TREITSCHKES² zu gebrauchen, „ihre angeborene Verstandes- und Naseweisheit abzulagern,“ und sie gingen in politischen Dingen mutvoll, nach der religiösen Seite radikal vor.

Den Fürsten wird ein „neuer Weg zur Unsterblichkeit gewiesen“; es wird ihnen vorgeschlagen, eine Veränderung der Regierungsform einzuführen und den Staat in eine Republik umzuwandeln, in welcher das Haupt der regierenden Familie nur noch den Vorsitz behält. Dann soll „eine Kirche der natürlichen Religion“ gegründet werden, in welcher nach dem Vorschlage eines Herrn E. v. K. die Geistlichen nicht mehr bei der Trauung zu bemühen sind. Die Religion, so führt er aus, darf nicht länger von der Kirche abhängig bleiben, sie muß

¹ Mit WILHELM VON HUMBOLDT war BIESTER eng befreundet. HUMBOLDT hat ihn wiederholt gegen herabsetzende Äußerungen FRIEDR. HEINR. JACOBI verteidigt; im Juni 1789 schreibt er an JACOBI: „Ich will . . . Ihnen also geradezu sagen, daß ich BIESTER für einen ebenso ehrlichen Mann halte, als Sie ihn für das Gegentheil erklären“ (*Briefe von W. v. Humboldt an Fr. H. Jacobi*, herausg. von A. Leitzmann, Halle 1892, S. 20) und im Juli 1789 an FORSTER (*Ges. Werke* I, 276): „er (JACOBI) schrieb mir in einem seiner letzten Briefe einen sehr harten Ausdruck über BIESTER. Ich, der ich über BIESTER ganz anders denke und vielleicht bald auch in einem näheren Verhältnis mit ihm stehe, wollte dies gern für die Zukunft verhüten und schrieb ihm geradezu meine der seinigen völlig entgegengesetzte Meinung.“

² Die Königliche Bibliothek in Berlin, 1884, S. 10 (Abdr. aus Bd. 53 der *Preussischen Jahrbücher*).

zu einer Staatsangelegenheit erhoben werden, wie es in den alten Republiken gewesen; zu dem Ende ist vor allem die bürgerliche Ehe einzuführen und zwar zunächst als — Konkubinat. Diese heilsame Anstalt eines der edelsten Staaten, der römischen Republik, sei von einfältigen und frömmelnden Regenten des elendesten Hofes, den die Geschichte kenne, des byzantinischen, abgeschafft worden. Jetzt aber werde eine Wiedereinführung von der Zeit gefordert. Der unbegüterte Mann könne keine vom Staat anerkannte Frau und Kinder ernähren und müsse daher ehelos bleiben. „Warum soll er nicht einen dem heiligen Ehebündnisse gleichen Kontrakt mit einem Mädchen, das er liebt, schließen dürfen?“ Der Staat solle diese Heirat ignorieren, das Mädchen nicht den Namen des Mannes führen und keinen Anspruch auf seinen Stand machen. Die Kinder würden dann werden, was sie wollen, Menschen, Bürger, gleich den nachgeborenen Söhnen des britischen Adels. Dadurch würde man einen Haufen gesunder, braver, von edlen Eltern geborener und erzogener Kinder schaffen, die etwas mehr wert seien, als das faule, verlaufene Gesindel, das an so manchen Orten als Kolonisten angesetzt werde. Diese Konkubinatshehe solle Rechtskraft besitzen und ohne Geistlichkeit vollzogen werden.¹ Dieses konfuse Gerede blieb freilich in der Monatsschrift selbst nicht ohne Widerspruch; einer der Berliner Geistlichen, der Oberkonsistorialrat ZÖLLNER, welcher der gemäßigten Partei unter den Aufgeklärten angehörte, erhob seine warnende Stimme, „man solle unter dem Namen der Aufklärung nicht die Köpfe und Herzen der Menschen verwirren, man solle sich erst fragen, was Aufklärung sei, diese Frage sei so wichtig als die, was Wahrheit sei, noch aber sei sie nicht genügend beantwortet worden“. MOSES MENDELSSOHN und KANT übernahmen im vierten Bande der Monatsschrift die Antwort, und letzterer,

¹ *Berlinische Monatsschrift* 1783, II, S. 265 ff.

der seine kleineren Abhandlungen gern dem BIESTERSchen Journal anvertraute,¹ gab seine berühmte Definition, daß Aufklärung der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit sei und daß sie den Wahlspruch habe: „Sapere aude.“ Unerbittliche Abneigung und blinder Haß gegen alles und jedes Kirchentum übertönten aber in den Blättern der Monatsschrift die schönen und maßvollen Ausführungen eines ZÖLLNER, MENDELSSOHN und KANT, und dieser Haß war so tief gewurzelt, daß dabei der Begriff der Duldsamkeit jenen „Aufklärern“ völlig abhanden kam. So rügte BIESTER einmal die falsche Toleranz einiger pommerschen und märkischen Städte, welche katholischen Geistlichen ihre Kirchen zum Gottesdienst für die wenigen dort vorhandenen Katholiken eingeräumt hatten. Die aufgeklärtesten und friedlichsten Theologen Berlins würden darin, so meint er, mit ihm übereinstimmen, daß man eher Juden, Muhamedanern und Naturalisten Kirchen einräumen dürfe, als den Katholiken; denn keine Glaubenspartei lehre so offen den Satz, daß nur ihre Kirche die allein seligmachende sei, und übe so heimlich alle Kunstgriffe, damit sie wenigstens hier auf Erden die allein herrschende sei, als sie.² Im Juliheft 1786 bezeichnete er den Oberhofprediger STARCK in Darmstadt, der früher Prediger in Königsberg und nachher Professor in Mitau gewesen war, geradezu als geheimen katholischen Priester und Jesuiten, was ihm einen Prozeß am Kammergericht eintrug, in welchem er allerdings freigesprochen wurde.³ Dieses an Denun-

¹ Beinahe sämtliche kleine Abhandlungen, welche später drei Bände seiner vermischten Schriften füllten, sind zuerst in der *Berliner Monatsschrift* erschienen.

² „Falsche Toleranz einiger märkischen und pommerschen Städte in Ansehung der Einräumung der protestantischen Kirchen zum katholischen Gottesdienst.“ *Berl. Monatsschrift* 1784, I, S. 180 ff.

³ Hierauf scheint sich ein Schreiben des Etatsministers HOYM zu beziehen, welches im August 1786 von Breslau aus dem Professor GARVE „die beruhigende Nachricht“ übermittelte, daß er, der Minister, bei seiner

ziantenthum grenzende Vorgehen hinderte ihn dann freilich wiederum nicht, ein anderes Mal Intoleranz die „Furie, welche alles Glück vom Erdboden vertilgt, das empörendste Verbrechen gegen den Staat, gegen die Menschheit, gegen die Vernunft und Religion“ zu nennen. Mochte der für Berlin so ungünstige Vergleich der dortigen Pressfreiheit mit der Wiener in LESSINGS Brief an NICOLAI vom 25. August 1769¹ noch so anfechtbar sein, er enthielt einen Satz, welchem für die Regierungszeit FRIEDRICHS des Großen eine gewisse Wahrheit zukommt. Die berlinische Freiheit zu denken und zu schreiben, reduzierte sich zwar nicht einzig und allein, wie LESSING meinte, auf die Freiheit, „gegen die Religion soviel Sottisen zu Markte zu bringen, als man will“. Aber in dem unablässigen Kampfe, welchen die Berliner Aufklärer gegen alle Finsternis und Unfreiheit in Leben und Wirklichkeit führten, fiel das Schwergewicht thatsächlich nach der religiösen Seite, kam die gewährte Freiheit hauptsächlich der Erörterung auf religiösem Gebiete zu statten, und da der allgemeine Wider-

letzten Anwesenheit in Potsdam Gelegenheit genommen, „des Königl. Cabinets-Ministre Herrn v. HERTZBERG Exc. sowohl das Unrecht, welches denen im Ganzen genommen so tolerant gesinnten schlesischen Katholiken geistlichen und weltlichen Standes durch die von einigen Berlinischen Schriftstellern in ihren bisher erschienenen Schriften gegen selbige sich erlaubten, oft ebenso unrichtigen als unanständigen und bitteren Äußerungen widerfahren, als auch den Nachtheil, der daraus für die bisherige auf gegenseitiges Zutrauen und Toleranz sich gründende Verträglichkeit und Eintracht der verschiedenen Religions-Genossen entstehen muß, wenn durch ein Geschreibe solcher Art gegenseitiger Argwohn, Mißtrauen und endlich gar Anfeindung unter selbigen erregt wird, der Wahrheit gemäß vorzustellen.“ „Und ich kann,“ fügt HOYM hinzu, „die Versicherung geben, daß von hochgedachter Sr. Exc. bei der Berliner Bücher-Censur solche Anstalten werden getroffen werden, wodurch dieser gelehrte Unfug sein Ende erreichen wird“ (abgedr. bei LEHMANN, *Preußen und die katholische Kirche seit 1640*, Thl. 6, Leipzig 1893, S. 1). HOYMS Vorstellung bei HERTZBERG fällt offenbar noch in die Regierungszeit FRIEDRICHS des Großen, und sie beweist, daß man das Verfahren der „Aufklärer“ gegen Andersdenkende doch wenigstens als Unfug empfunden hat.

¹ Lachmannsche Ausgabe XII, S. 232 ff.

streit, der im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts in Deutschland zwischen dem kirchlichen und dem philosophischen Bewußtsein, zwischen der positiven und der natürlichen Religion ausgebrochen war, nicht wenige bis zu völliger Glaubenslosigkeit und Gleichgültigkeit gegen alles Kirchliche getrieben hatte, so konnte es nicht ausbleiben, daß eine rücksichtslose Kritik oft genug bis zur direkten Verneinung der Grundlehren des Christentums sich vorwage. „Es ist leider zu offenbar,“ schreibt der freisinnige Berliner Konsistorialrat SACK im Jahre 1788, „daß die Art und Weise, wie seit verschiedenen Jahren die wichtigsten und heiligsten Wahrheiten behandelt worden sind, nicht allein die Beförderung eines wahren Christentums gehindert, sondern auch alle Grundsätze der Religion überhaupt für viele unbefestigte Gemüter wankend und ungewiß gemacht habe; Unglaube, Zweifelsucht und freche Verspottung der Religion und der Bibel haben unter dem gemißbrauchten Namen von Aufklärung und Verlassung aller Vorurteile nach und nach Überhand genommen, selbst die niedrigsten Stände haben das verderbliche Gift eingesogen“;¹ und in gleichem Sinne ein Anderer der Berliner Räte, der milde, ehrwürdige SPALDING: „Binnen diesen Jahren ward bei mir der Eindruck immer lebhafter und beunruhigender, daß die Sprache des Unglaubens nun auch bei uns so gar laut zu werden und sich so häufig hören zu lassen anfing. Der Ton der Freigeisterei ward zum Teil so absprechend und entscheidend, auch zum Teil so mutwillig spottend, daß dadurch bei denen, die nicht selbst zu prüfen Fähigkeit oder Lust hatten, fast notwendig eine große Verderbung der Grundsätze und der Moralität selbst besorgt werden mußte. Diese Besorgnis ward dadurch stärker, daß die deklamatorischen oder leichtsinnigen Angriffe von dieser Art vornehmlich auch so oft in solchen periodischen Schriften erschienen, die wegen

¹ *Zeitschrift für histor. Theologie* 1839, Heft 1, S. 9.

ihrer vermischten unterhaltenden Aufsätze sehr viele Leser von allerlei Gattung fanden, und also ihre, nach meiner Überzeugung, schlimme Wirkung desto weiter ausbreiteten“.¹

Beginn
der
Reaktion.

Die extremen Gesinnungen, welche nach diesen unverfänglichen Zeugnissen überhand zu nehmen begonnen hatten, mußten zu einem Gegenstoß führen. Er stand zu erwarten, sobald die leuchtenden Augen König FRIEDRICHS sich für immer schlossen; eigentümlich und überraschend aber war der Verlauf, den die Dinge sogleich mit dem Regierungsantritt FRIEDRICH WILHELMS II. nahmen.

Der Neffe und Thronfolger FRIEDRICHS des Großen war während des bayerischen Erbfolgekrieges im Jahre 1778 durch RUDOLF VON BISCHOFFSWERDER zuerst mit rosenkreuzerischen Sympathien erfüllt worden. Der feine weltgewandte Kavalier mit mystisch-feierlichem Benehmen wurde der Günstling und Ratgeber des Kronprinzen, welchem er um 1780 seinen Freund und Bundesbruder JOH. CHRISTOPH WÖLLNER zuführte. Beide Männer entzündeten nun in der weichen und zu allem Übersinnlichen geneigten Seele FRIEDRICH WILHELMS immer lebhafter den Wunsch, in den Orden der Rosenkreuzer selbst aufgenommen zu werden; im Jahre 1781 wurde ihm unter WÖLLNERS Einfluß der Eintritt mit dem Ordensnamen ORMESUS gewährt. Seit dem Juni 1784 ward es WÖLLNER gestattet, dem Thronerben regelmäßig Vorträge über die verschiedenen Zweige der Regierungskunst und Staatsverwaltung zu halten, die er in eigenhändigen Abschriften übergab. Als die wichtigste dieser für den Prinzen ausgearbeiteten Denkschriften bezeichnet WÖLLNER selbst eine siebenzehn Bogen starke Abhandlung über die Religion, enthalten in einem „violett-sammtenen“ Bande, eine Vorarbeit für das spätere „Religionsedikt“.² Als

¹ *Selbstbiographie* S. 105 ff.

² Ueber WÖLLNER sind zu vergl.: PREUSS, *Zur Beurteilung des Staatsministers VON WÖLLNER*, in der *Zeitschrift für preuss. Geschichte* 1865/66; THOLUCK-WAGENMANN in HERZOG-PLITTS *Real-Encyclopädie für protest. Theologie*, Aufl. 2, XVII, S. 261 ff.; M. PHILIPPSON, *Geschichte*

Mittel, dem durch die Schuld des regierenden Königs, seines geistlichen Ministers und des Oberkonsistoriums in den preussischen Landen eingerissenen Unglauben zu steuern und die „reine Religion Jesu“ wiederherzustellen, wurden hier vorgeschlagen: 1. das Beispiel des Königs; 2. ein Edikt zur Heiligung des Sabbaths; 3. ein „redlicher“ Minister bei dem geistlichen Departement, da ZEDLITZ sich als Christusleugner und Naturalist öffentlich afficiert habe; 4. eine Instruktion für den Minister des geistlichen Departements, worin enthalten: zunächst eine Mißbilligung seitens des Königs wegen des in seinem Lande so überhandnehmenden Naturalismus, Deismus, Socinianismus, Indifferentismus; dann eine Anweisung an den Minister, daß auf keine Weise diese Irrtümer gelehrt noch dem Volke beigebracht würden; weiter eine Vorschrift zur Beobachtung aller Kandidaten und Prediger, ob sie auch die christliche Religion völlig rein und unverfälscht vortragen; nicht minder ein Gesetz für die Sonntagsheiligung; endlich ein Censurgesetz.¹

Kurz nach dem Thronwechsel wurde WÖLLNER, dessen Nobilitierung FRIEDRICH II. im Jahre 1768 mit einer wenig schmeichelhaften Randbemerkung abgelehnt hatte,² der Adel verliehen, er wurde zum Geh. Oberfinanzrat und Chef des Baudepartements ernannt und zugleich mit den Geschäften eines Kabinetssrates betraut. Nun erwartete man in Preußen den Beginn des Krieges gegen die Aufklärer;³ zunächst aber

des preussischen Staatswesens vom Tode Friedrichs des Großen etc. Bd. 1. PAULUS CASSEL, *Friedrich Wilhelm II. Eine hundertjährige politische und kirchliche Erinnerung* (Gotha 1886), eine ungeschickte und konfuse Verteidigung des Königs, nennt das Religionsedikt „eine liberale That“ (S. 140). Das WÖLLNERSche Edikt ist jetzt abgedruckt bei LEHMANN, *Preußen und die katholische Kirche* VI, S. 250 ff.

¹ Vergl. PHILIPPSON, a. a. O. S. 85/86.

² „Der Wöllner ist ein betriegerischer und Intriganter Pfaffe weiter Nichts.“

³ Der kurbraunschweigische Gesandte von BEULWITZ hatte schon in einem vertraulichen Schreiben vom 8. Sept. 1786 nach Hannover be-

Religions-
edikt.

galt es noch, den Minister VON ZEDLITZ, den Chef des geistlichen Departements, von der Leitung der Kirchen- und Schulangelegenheiten zu verdrängen. Das gelang im Juli 1788; eine Kabinetsordre vom 3. Juli ernannte WÖLLNER zum wirklichen geheimen Staats- und Justizminister und übertrug ihm zugleich „aus besonderem Vertrauen“ das geistliche Departement. Wenige Tage nach dem Amtsantritt des neuen Ministers, am 9. Juli 1788, erschien ein königliches „Edikt, die Religionsverfassung in den preussischen Staaten betreffend“, das berüchtigte „WÖLLNERSche Religionsedikt“, wie es mit Recht nach seinem Namen genannt wird. „In dem Reiche FRIEDRICHS des Großen, in diesem Lande der Duldung, sollte nun Kirchenbesuch, Abendmahlnehmen und jede veraltete dogmatische Spitzfindigkeit inquisitorisch bewacht werden. Ein größerer Wechsel der Regierungsprinzipien ist wohl in langer Zeit nicht vorgekommen,“ so schildert HERMANN VON BOYEN den Eindruck der vielberufenen WÖLLNERSchen Schöpfung.¹

Uns interessiert hier nur der § 2 des Ediktes, welcher die Aufrechthaltung der in den preussischen Staaten von jeher geübten Toleranz und Gewissensfreiheit verhieß, „so lange ein jeder ruhig als ein guter Bürger des Staates seine Pflichten erfüllt, seine jedesmalige besondere Meinung aber für sich behält und sich sorgfältig hütet, solche nicht auszubreiten oder andere dazu zu überreden und in ihrem Glauben

richtet: „Einige Personen und unter diesen war ein Königl. Minister (wohl HERTZBERG), haben mir die Besorgnis geäußert: man mögte vielleicht, aus guter Absicht, künftighin bei Ausübung der Religions-Pflichten in das übertriebene der Frömmigkeit fallen und der Geistlichkeit zuviel Einfluß gestatten.“ (Aus dem ersten Regierungsjahr FRIEDRICH WILHELMS II. Berichte des kurbraunschw. Gesandten v. BEULWITZ. Mitgeteilt von R. KOSER in den *Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte* Bd. 4, 1891, S. 273.)

¹ *Erinnerungen aus dem Leben des General-Feldmarschalls H. v. Boyen*, herausg. von F. Nippold, Thl. 1, Leipzig 1889, S. 121.

irre oder wankend zu machen“. Hierin lag bereits eine Hindeutung auf eine weitere prinzipielle Maßregel, deren Notwendigkeit schon in der Denkschrift von 1784, wie wir gesehen haben, von WÖLLNER betont worden war, den Erlass eines neuen Censurgesetzes. Um der „Zügellosigkeit der jetzigen sog. Aufklärer“ und der „in Pressfreiheit ausartenden Pressfreiheit“ die nötigen Schranken zu setzen, erging am 19. Dezember 1788 das „Erneuerte Censur-Edikt für die Preussischen Staaten“. Von SVAREZ formuliert und von dem Großkanzler VON CARMER vorgelegt,¹ trug es durchaus einen gemäßigten Charakter und schien die Bestimmungen früherer Edikte nicht wesentlich zu verstärken. Der König, so hieß es darin, sei entschlossen, „eine gemäßigte und wohlgeordnete Pressfreiheit möglichst zu begünstigen und erwarte nur, daß die Censur dem steuere, was wider die allgemeinen Grundsätze der Religion, den Staat, die moralische und bürgerliche Ordnung sei oder auf Kränkung der persönlichen Ehre und des guten Namens anderer abziele“. Und thatsächlich blieb, namentlich in den Provinzen, die Handhabung der Censur eine milde, und erst mit der Einsetzung der Immediat-Examinations-Kommission am 14. Mai 1791 trat die entscheidende Wendung ein, durch welche die Freiheit der Diskussion über religiöse und philosophische Fragen in Preußen unterdrückt werden sollte.² Mitglieder der neuen, von dem Berliner Oberkonsistorium unabhängigen geistlichen Prüfungs- und Aufsichtsbehörde waren außer dem Oberkonsistorialrate JOH. ESAIAS SILBERSCHLAG und dem Prediger an der Berliner Georgenkirche K. G.

Censur-
Edikt
von 1788.

¹ Vergl. STÖLZEL, a. a. O. S. 263 ff.

² Es wäre verkehrt, das Censuredikt auf völlig gleiche Linie mit dem Religionsedikt zu stellen. Die gemäßigte Form, in der es abgefaßt war, „bildet einen scharfen Kontrast zu der gereizten, wenig objektiven Sprache des Religionsedikts. Dort redet SVAREZ, hier WÖLLNER“. (STÖLZEL, a. a. O. S. 266.) Die Härte, mit welcher die Censur seitens des geistlichen Departements später geübt wurde, kann nicht SVAREZ oder CARMER zur Last gelegt werden.

WOLTERSDORF der frühere Breslauer Prediger und Konstitorialrat HERMANN DANIEL HERMES und der Geheimerat GOTTLÖB FRIEDRICH HILLMER. HERMES war seit 1790 durch BISCHOFFS-WERDER mit dem König bekannt und im Jahre 1791 nach Berlin berufen worden; er war Verfasser des Schema examinis candidatorum s. s. Ministerii rite instituendi, welches trotz seines wunderlich verschwommenen Inhalts der neuen Prüfungsordnung für die Kandidaten des Predigtamtes vom 9. Dezember 1790 zu Grunde gelegt worden war. HILLMER war aus der Herrnhuterkolonie Niesky hervorgegangen, aber auf einer Reise in Paris in eine mystische Loge aufgenommen und seitdem ein eifriger Anhänger der Geisterseherei geworden; seit dem Jahre 1782 war er Gymnasiallehrer am Magdalenäum in Breslau gewesen, wo ihn sein Freund HERMES dem Könige bei dessen Aufenthalt in Breslau zugeführt hatte.

HERMES
und
HILLMER
als
Censoren.

Am 1. September 1791 erging nun an den Grofskanzler VON CARMER eine königl. Kabinetsordre, welche besagte, daß die bisherigen Büchercensoren sich an das Censuredikt gar nicht gekehrt, sondern viel zu leichtsinnig verfahren wären; es müsse hier eine Änderung getroffen und die Censur der theologischen und moralischen Schriften an andere Männer übertragen werden, die accurater und gewissenhafter seien. Zu dem Ende habe der König sein Augenmerk auf den Ober-Konsistorialrat HERMES und den Geh. Konsistorialrat HILLMER gerichtet, die dazu bestellt werden sollten.¹ Da in dieser Kabinetsordre der periodischen Schriften nicht ausdrücklich gedacht war, so stellte HILLMER am 14. Oktober 1791 dem Könige vor, „daß gerade die Monats-, Zeit- und Gelegenheits-schriften von allen Klassen und Ständen des Volkes am meisten gelesen würden und durch diese Art Schriften der Religion, der Ruhe und guten Ordnung in Deutschland wie in Frankreich

¹ FR. KAPP, Aktenstücke zur Geschichte der preufs. Censur- und Prefsverhältnisse unter dem Minister WÖLLNER, im *Archiv für Geschichte des deutschen Buchhandels* IV, 1879, S. 148.

mehr als durch grössere theologische und moralische Werke geschadet worden und in der Folge geschadet werden könne“, und er bat deshalb um den Befehl, „daß von nun an alle Monatsschriften, Zeit- und Gelegenheitsschriften, Bibliotheken, pädagogischen Schriften und alle dergleichen Broschüren philosophischen und moralischen Inhaltes ebensowohl als die grösseren theologischen und moralischen Bücher mir und meinem von Ew. Königl. Majestät ernannten Gehülfen zur Censur zugeschickt werden sollten“.¹ Diesem Antrage, dessen nächste Folge die Verödung der Berliner Druckerpressen sein mußte, wurde am 19. Oktober 1791 vom Könige durch eine Kabinettsordre an WÖLLNER entsprochen.² Nun vertauschten zwei der angesehensten Zeitschriften Berlins ihren bisherigen Druckort mit einem anderen. Die *Allgemeine Deutsche Bibliothek* von FR. NICOLAI wanderte nach Kiel aus, die *Berlinische Monatsschrift* ging zunächst nach Jena über und erschien später in Dessau. Und in den so in rücksichtslosester Weise gegen jede freiere Litteraturrichtung von Berlin aus eingeleiteten Kampf sollte auch KANT verwickelt werden, dessen kritische Untersuchungen gerade in dieser Zeit das Gebiet der Religion zu berühren begannen.

Nach einem Briefe KIESEWETTERS³ aus Berlin vom 14. Juni 1791, welcher sich handschriftlich im Nachlasse KANTS vorfand, hatte WOLTERSDORF gleich in den ersten Tagen nach Einsetzung der Immediat-Examinationskommission bei FRIEDRICH WILHELM II. den Antrag gestellt, KANT das fernere Schreiben zu verbieten.⁴ In dieser Ausdehnung gelang der Angriff gegen den Begründer der kritischen Philosophie vorerst noch nicht.

¹ KAPP, a. a. O. S. 149.

² KAPP, a. a. O. S. 150.

³ KIESEWETTER, KANTS Schüler, war 1789 von Königsberg nach Berlin zurückgekehrt, um den drei jüngsten Kindern des Königs Unterricht in Mathematik und Philosophie zu erteilen.

⁴ Vergl. SCHUBERTS Kant-Biographie, in KANTS Werken, hrsg. von ROSENKRANZ und SCHUBERT XI, 2, S. 130.

KANT
und die
Berl.
Monats-
schrift.

Im Februar 1792 schrieb KANT an Professor SELLE in Berlin, welcher ihm seine Abhandlung *De la Réalité et de l'Idéalité* etc. übersandt hatte, er werde die auf dieselbe beabsichtigte Gegenschrift wohl unausgeführt lassen, denn „es eröffne sich neuerdings eine neue Ordnung der Dinge, nämlich Einschränkung der Freiheit, über Dinge, die auch nur indirekt auf Theologie Beziehung haben möchten, laut zu denken. Die Besorgnisse eines akademischen Lehrers seien in solchem Falle viel dringender als jedes anderen zunftfreien Gelehrten, und es sei der gescheuten Vorsicht gemäß, alle Versuche dieser Art so lange wenigstens aufzuschieben, bis sich das drohende Meteor entweder verteilt, oder für das, was es ist, erklärt habe“.¹ Trotz dieser ahnenden Voraussicht übersandte er ungefähr gleichzeitig der *Berlinischen Monatsschrift* den ersten von mehreren Aufsätzen über das Christentum, welcher „vom radikalen Bösen in der menschlichen Natur“ handelte, und zwar mit dem ausdrücklichen Begehren an den Herausgeber, daß die Arbeit, wiewohl die Monatsschrift damals bereits in Jena gedruckt wurde, der Berliner Censurkommission vorgelegt würde. Er wollte „durchaus auch nicht den Schein einmal haben, als ob er einen litterarischen Schleichweg gern einschläge und nur bei geflissentlicher Ausweichung der strengen berlinischen Censur sogenannte kühne Meinungen äußere“.² So ward die Arbeit HILLMER als Censor vorgelegt, der das „Imprimatur“ mit der Erklärung erteilte, „daß sie gedruckt werden könnte, da doch nur tiefdenkende Gelehrte die KANTSchen Schriften lesen“. Im April erschien der Aufsatz in dem BIESTERSchen Organ.³ — Gleich das folgende Heft der Monatsschrift brachte dann einen Aufsatz „über die Pflicht der Ergebung in Zeiten, wann die Wahrheit verfolgt wird“, worin dem Gefühl des Bedroht- und Bedrückt-

¹ Werke XI, 1, S. 128 ff.

² KANTS eigene Nachrichten, bei BOROWSKI, *Darstellung des Lebens und Charakters Kants*, Beilage IV; abgedruckt Werke XI, 1, S. 199 ff.

³ Bd. XIX, 1792, S. 323—385.

seins, welches über die Wortführer der Aufklärung gekommen war, charakteristischer Ausdruck verliehen ward. Der Aufsatz gab sich als eine Predigt über 2. Timoth. 4,17 aus der Zeit König JAKOBS II. von England.¹ Die Offenbarung Johannis ist diesem Prediger eine Reihe von Bildern, Fabeln und Allegorien, deren ein Bekenner der verfolgten Wahrheit sich bediente, um sich seinen Mitgenossen in der Arbeit verständlich zu machen. „In keinem Buche,“ heisst es, „sind die mancherlei Verfolgungen, welche die Wahrheit bald von der Gewalt der Menschen, bald von ihren Leidenschaften, bald von ihren Vorurteilen zu leiden hat, in kräftigeren Gemälden vorgestellt. Laßt mich euch an eines der bedeutungsvollsten dieser Gemälde erinnern: ‚Ein Weib war schwanger und schrie und war in Kindesnöthen und hatte grosse Qual zur Geburt.‘ (Offenb. 12,1 f.) Erinnert euch, wie gross die Noth war, als die Wahrheit zuerst in den Zeiten der Waldenser, JOHANN WICKLIFFS und JOHANN HUSSENS, die ersten Zeichen ihres Daseins gab. — ‚Aber ein grosser Drache trat vor das Weib, die gebären sollte, auf dafs, wenn sie geboren hätte, er ihr Kind frässe.‘ Erinnert euch, wie damals der grosse Gewissenstyrann die Macht des ganzen Europa, die er zu seinen Diensten hatte, anwandte, die Waldenser, die Wicklifiten und Hussiten durch Feuer und Schwert zu vertilgen. — ‚Und sie gebar einen Sohn, und ihr Kind ward entrückt zu Gott und seinem Stuhl.‘ Erinnert euch, wie die Vorsehung dafür sorgte, dafs die Wahrheit, unbemerkt von ihren Feinden, aufwuchs, so dafs sie zu LUTHERS und CRANMERS Zeiten mit männlicher Kraft hervortreten konnte. — ‚Da erhob sich ein Streit, und es ward ausgeworfen der grosse Drache.‘ Erinnert euch, wie der geistliche Despotismus, der ärgste Feind der Wahrheit, durch die Reformation aus unserer damals glücklichen Insel, sowie aus mehreren anderen Ländern, verbannt wurde. Laßt

¹ *Berl. Monatsschrift* XIX, S. 438 ff.

Druck-
verbot
eines
KANTSchen
Aufsatzes.

uns hoffen, daß dieses immer der Ausgang des großen Kampfes sein wird.“ Daß die Predigt keineswegs so alten Datums sei, das lag auf der Hand, nicht minder, wohin sie zielte, und man wird kaum fehlgehen, wenn man das fernere Verhalten der Censoren gegenüber der Monatsschrift durch das Erscheinen dieses Pasquills mitbestimmt sein läßt.¹ Als KANT gleich darauf die zweite Abhandlung „von dem Kampfe des guten Prinzips mit dem bösen um die Herrschaft über den Menschen“ an die Berliner Censur gelangen ließ, da erhielt BIESTER unterm 14. Juni 1792 durch HILLMER die Entscheidung zugefertigt, daß er das zurückfolgende Manuskript, „da es ganz in die eigentliche biblische Theologie eingreife“, seiner Instruktion gemäß gemeinschaftlich mit seinem Kollegen HERMES durchgelesen habe und daß er diesem, der sein Imprimatur versage, hierin beitrete.²

Schon am 15. Juni wandte sich BIESTER mit einer Eingabe an HERMES, worin er ausführte, daß er die Versagung nicht mit dem § 11 des Königl. Censuredikts reimen könne. In denjenigen Stellen des Kantschen Aufsatzes, welche sich auf das Neue Testament beziehen, habe der Verfasser freilich, wie jeder denkende Mann, seine eigene Meinung; aber er äußere sie gewiß auf „eine anständige, ernsthafte und bescheidene“ Weise. Und wenn seine Meinung von der Meinung einiger oder vielleicht der meisten Theologen abweiche, ja wenn er auch ganz Unrecht habe — wer aber wolle das in solchen Dingen bestimmen? —, so verstosse doch gewiß sein Aufsatz nicht „wider die allgemeinen Grundsätze der Religion“, auch nicht einmal besonders wider die christliche Religion und noch

¹ W. DILTHEY, Der Streit KANTS mit der Censur (*Archiv für Geschichte der Philosophie*, hrsg. von L. STEIN, Bd. 3, 1890, S. 418 ff.), nimmt (S. 446) an, die *Berl. Monatsschrift* habe sich durch die „Predigt“ für das Verbot der zweiten KANTSchen Abhandlung rächen wollen; diese Annahme ist irrig, die „Predigt“ ist vielmehr vor dem Verbot erschienen und das Verhältnis eher umgekehrt.

² *Geheimes Staatsarchiv Berlin*, Acta Rep. 9, F. 2a.

besonderer wider die Bibel. Die Grundsätze seines Systems von der höchsten, reinsten Moralität glaube KANT auch in der Bibel zu finden, suche sie durch Aussprüche und durch Beispiele der Bibel zu bestätigen. Und ein solcher Mann sollte ein Gegner der Bibel heißen, ein solcher Philosoph sollte gar nicht einmal angehört werden? Da er ein großes Interesse bei der Sache habe, indem KANT ihm seinen Aufsatz zum Abdruck überlassen habe, so müsse er sich Belehrung über zwei Fragen erbitten, einmal, wie und wodurch der KANTSche Aufsatz gegen das Censuredikt vom 19. Dezember 1788 verstofse, und sodann, ob HERMES vielleicht ein anderes, ihm besonders gewordenes Reglement befolge, was freilich doch kaum anzunehmen sei, da ein solches ja zur Nachachtung der Schriftsteller hätte bekannt gemacht werden müssen.¹

Die Antwort, welche HERMES unterm 16. Juni 1792 auf diese Vorstellung erteilte, verdient ihrem Worlaut nach hier mitgeteilt zu werden; sie lautete:² „Ew. Wohlgeboren haben mich mit einer Zuschrift beehrt, in deren Beantwortung ich mich auf Ihre ausgebreiteten Kenntnisse der Rechte berufen kann, nach welchen Sie selbst gestehen werden, daß derjenige, welchem der Landesherr ein Amt aufgetragen hat, nur diesem seinem Landesherrn immediat oder bei der jedesmaligen Instanz für die Verwaltung desselben responsabel ist. Das Verhältnis einer theologische Sätze enthaltenden Schrift gegen das Königl. Religionsedikt bestimmt mich bei der Censur. Auf eine andere Art der Antwort würde ich mich, selbst gegen den Verfasser dieser Schrift, nicht einlassen. Auch wäre es jedem Censor wohl unmöglich, sein Amt zu verwalten, wenn er gehalten sein sollte, mit einem Schriftsteller es auszumachen, auf welcher Seite, bei verschiedenen Meinungen, Wahrheit sei.“

¹ *Geheimes Staatsarchiv Berlin*, Acta Rep. 9, F. 2a.

² Ebenda; abgedr. bei KAPP a. a. O. IV, S. 200.

Am 18. Juni berichtete BIESTER nun an KANT über den Verlauf der Angelegenheit:¹ es müsse wohl einen Jeden empören, daß ein HILLMER und HERMES sich anmaßen wollten, der Welt vorzuschreiben, ob sie einen KANT lesen solle oder nicht. Er wisse vorerst nicht, was weiter zu thun sei. Aber er glaube es sich und den Wissenschaften im preussischen Staate schuldig zu sein, etwas dagegen zu thun. BIESTER war königlicher Beamter; er hatte nicht gezögert, von den mächtigen geistlichen Censoren eine Rechtfertigung ihres Verhaltens zu verlangen, jetzt schreckte er, unbekümmert um die für ihn möglichen Folgen, auch davor nicht zurück, seine Angelegenheit mit Festigkeit und Freimut der höchsten Instanz zur Entscheidung vorzulegen, indem er am 20. Juni 1792 ein Immediatgesuch an König FRIEDRICH WILHELM II.² richtete.

BIESTERS
Immediat-
gesuch.

Durch die Handhabung der Censur in dem vorzutragenden Falle, so leitete er seine Vorstellung ein, sei nicht sowohl er, als vielmehr einer der größten und vom Könige selbst geschätzten Philosophen³ gekränkt; ja die Pressfreiheit und die

¹ KANT, Werke XI, 1, S. 200.

² *Geheimes Staatsarchiv Berlin*, Acta Rep. 9, F. 2a; KAPP a. a. O.

³ BIESTER bezieht sich hier auf das königl. Anerkennungsschreiben vom 3. März 1789, in welchem „der Fleiß und die Uneigennützigkeit des so geschickten und rechtschaffenen Mannes, des Professoris Philosophiae KANT, der, ohne irgend eine Zulage von Verbesserung zu verlangen, mit unermüdetem Eifer zum Besten der Universität arbeitet“, gerühmt und demselben eine Gehaltszulage von 220 Thalern gewährt worden war. (Das von WÖLLNER unterzeichnete Dekret ist abgedruckt in SCHUBERTS Kant-Biographie S. 72.) KANT hat damals dem Könige unterm 27. März 1789 durch das folgende, bisher nicht veröffentlichte Schreiben gedankt:

„Die unverdiente Gnade, welche Ew. Königl. Majestät mir, durch das d. 3. März ergangene und den 23. eiusdem an mich gelangte Rescript, in einer jährlichen Gehaltszulage von 220 Rthr. haben angedeyen lassen, erregt mein ganzes Gefühl der innigsten und devotesten Dankbarkeit, für eine so gnädige Vorsorge, die meinem zunehmenden Alter, bey dessen zugleich vermehrten Bedürfnissen, eine so wichtige Unter-

Wissenschaften selbst hätten, den Intentionen des Königs und seinen darüber erlassenen Gesetzen zuwider, nachteilige Bedrückungen zu besorgen, indem Männer wie KANT künftig entweder, zum Schaden des inländischen Buchhandels, auswärts würden drucken lassen oder zum Schaden der Wissenschaften würden schweigen müssen. „Ew. Königl. Majestät haben,“ heisst es dann nach einer kurzen Darlegung der Vorgänge bis zum 14. Juni weiter, „seit Allerhöchstdero Regierungsantritt kein anderes Censuredict zu publiciren geruht, als das d. d. Berlin d. 19. Dez. 1788. Ich muß also annehmen, daß die bestellten Censoren dieses Gesetz als Richtschnur in ihrer Amtsführung befolgen. Nun wird es aber wohl ewig unmöglich bleiben, nach demselben einen Grund ausfindig zu machen, warum jener Aufsatz nicht gedruckt werden dürfe. Wenn die Einleitung dieses Edicts mit Recht klagt: daß ‚die Schriftstellerei sich nicht blos in den Händen solcher Männer befindet, denen es um Untersuchung, Prüfung, Bekanntmachung und Ausbreitung der Wahrheit wirklich zu thun ist‘, so paßt diese Schilderung der einzig wünschenswerthen Schriftsteller wohl auf wenig Männer in Ew. Maj. sämtlichen Landen so sehr, als auf den scharfsinnigen und allgemein bewunderten Denker, welcher jetzt nicht einmal seine Stimme soll dürfen hören lassen. Wenn es ferner im § 11 heisst, daß ‚die Absicht der Censur keineswegs ist, eine anständige, ernsthafte und bescheidene Untersuchung der

stützung verschafft. — So wie ich in meinem bisher in Ew. K. M. Diensten angewandten Bemühungen mir nichts weiter bewußt bin, als meine schuldige Pflicht beobachtet zu haben, so soll die mir jetzt erzeigte Königl. Gnade mir zur Triebfeder dienen, meine letzte Lebenszeit nach allem Vermögen zu demselben Zwecke eifrigst anzuwenden.

In der tiefsten Devotion ersterbe ich als E. K. M.

allerunterthänigster Knecht

Im. Kant.“

(*Geheimes Staatsarchiv Berlin*, R. 76, Acta des Königl. Ober-Schul-Collegii von Anstellung der Lehrer bei der Universität Königsberg Vol. I, 1787—1792, Abth. II, N. 246.)

Wahrheit zu hindern', so ergibt sich schon hieraus das Recht des Druckes für den beiliegenden Aufsatz, weil er die Untersuchung der edelsten und höchsten Wahrheit, die Befestigung der reinen Moralität in dem Menschen, enthält und, wie sich schon von dieser Materie und von diesem Verfasser von selbst versteht, in einer höchst anständigen und ernsthaften Sprache geschrieben ist. Dieser angeführte § 11 bestimmt zugleich, welche Schriften verworfen werden sollen: 'Was wider die allgemeinen Grundsätze der Religion, wider den Staat und sowohl moralischer als bürgerlicher Ordnung entgegen ist oder zur Kränkung der persönlichen Ehre und des guten Namens Anderer abzielet.' Es kömmt also darauf an, nach diesen Bestimmungen den vorliegenden Aufsatz zu prüfen. KANT nimmt bekanntlich einen so hohen und reinen Grundsatz der Moralität an, daß mehrere seiner gelehrten Gegner ihn für die mit Sinnlichkeit bekleideten Menschen zu hoch und zu rein gehalten haben. Eine neue Ausführung dieses seines Grundsatzes kann also unmöglich etwas 'der moralischen und bürgerlichen Ordnung Zuwiderlaufendes' enthalten. Und was die „Religion“ betrifft, so dringt KANT in diesem Aufsatz nicht allein im Allgemeinen auf eine Gott wohlgefällig einzurichtende Gesinnung und Handlungsart, sondern er findet auch sein höchstes Princip der Moralität noch insbesondere in der Christlichen Religion und in der Bibel, so daß dieselbe auch durch diese Untersuchung noch ehrwürdiger erscheint.“

Aus der Antwort, welche HERMES auf die ihm unterm 15. Juni vorgelegten beiden Fragen erteilt habe, ginge klärlich hervor, daß die neuen Censoren noch andere, in dem Königl. Censuredikt nicht enthaltene Regeln in der Verwaltung ihres Amtes befolgen. Als eine dieser Regeln führe HERMES das vom Könige erlassene, bisher aber noch nie auf die Censur philosophischer Aufsätze angewandte Religionsedikt an. Ob mit Recht oder Unrecht, lasse sich nicht beurteilen, jedenfalls aber scheine es einen Widerspruch in sich

zu fassen, daß man Gesetze befolgen und nach Gesetzen gerichtet werden solle, welche man nicht kenne. Gewiß sei der König, dessen Regierung sich durch Milde und Gerechtigkeit auszeichne, nicht gemeint, einen solchen moralischen Widerspruch und bürgerlichen Zwang zu autorisieren. Aus der nicht geschehenen Bekanntmachung der Gesetze folgten Unzuträglichkeiten zwiefacher Art: einmal, daß man nicht wissen könne, ob die Handhaber und Vollzieher derselben sich wirklich nach ihren Vorschriften richten oder bloß nach eigener Willkür verfahren; dieses Mißtrauen sei in der menschlichen Schwachheit gegründet und enthalte keine Beleidigung gegen die jetzt bestellten Censoren. Denn, wie unparteiisch und aufgeklärt man sich diese Männer auch denken möge, so blieben sie doch immer Menschen, welche ihre Vorschrift wohl einmal übertreten könnten. Und da die Verfügungen, Gesetze und Instruktionen selbst für die höchsten Landeskollegien durch öffentlichen Druck bekannt gemacht würden, da beständig von Personen, welche sich graviert glaubten, indem ihrer Meinung nach diese Collegia unrecht, d. h. ihrer Vorschrift zuwider erkannt hätten, Beschwerden beim Könige angebracht werden dürften, so werde auch in Absicht des Censurfaches wohl gewiß dieselbe Freiheit der Unterthanenpflicht nicht zuwiderlaufen. Dazu komme noch der Umstand, daß bei der Ansetzung dieser beiden neuen Censoren, von Anfang an, über ihre eigentlichen Geschäfte ein sonst in den königlichen Landen nicht gewöhnliches Dunkel geherrscht habe, wodurch es, um nur dies anzuführen, auch ungewiß wäre, welche Art Schriften eigentlich und bestimmt ihrer Censur anvertraut worden seien. Sodann aber: „Allen Gesetzen des Allerhöchsten Landesherrn unterwirft jeder gute Bürger sich gern. Aber, werden dieselben nicht bekannt gemacht, so geräth man in Gefahr, gegen diese Gesetze zu verstossen, ohne es im Geringsten zu wissen. Man begeht also einen unfreiwilligen Ungehorsam, man erhält eine völlig un-

verschuldete Strafe. Und wenn es zwar scheinen möchte, daß dies bei Censursachen minder zutrefte, indem der Censor, welcher seine Verfügung kennt, den Druck einer anstößigen Schrift schon hemmen wird, ohne daß weiter gegen den Verfasser etwas geschieht, so erwächst doch daraus ein großer und zu einer wahren Strafe ausschlagender Nachteil: ein Schriftsteller wendet seine Zeit und seine Kräfte an, um ein Werk zu liefern, welches durch kein Landesgesetz verboten ist; und wenn er es nun bekannt machen will, erfährt er erst, daß er Zeit und Mühe verloren hat. Das gegenwärtige Beispiel erläutert dies. Prof. KANT ist gesonnen, die hier berührte Materie in einer Folge mehrerer Abhandlungen auszuführen, wie dies denn auch der zweite Aufsatz darüber ist, indem der erste damals das Imprimatur von dem Herrn Geh. Rath HILLMER erhielt. Ein so tief gedachter, systematischer, ausführlicher Aufsatz hat dem Verfasser, wie der Augenschein lehrt und wie er mir auch in einem Privatschreiben meldet, nicht wenig Zeit gekostet. Vielleicht ist er auch schon mit einer Fortsetzung beschäftigt, ehe er die Nachricht der verweigerten Censur erhalten kann. Er hätte seine Kräfte und seine Zeit, welche er so gern zu der edelsten Beschäftigung: Menschen aufzuklären und zu bessern, anwendet, auf einen anderen Gegenstand richten können. Diese Untersagung einer nicht für unerlaubt erklärten Kraftäußerung, diese Verwerfung einer durch kein bekanntes Gesetz verbotenen Arbeit ist eine wahre Strafe, und zwar eine Strafe gegen völlig Unschuldige, welche Ew. Majestät doch gewiß nicht wollen gestrafet wissen.“ Beweisen diese Gründe etwas, so glaubt BIESTER nun die Bitte wagen zu dürfen, daß der König den neuen Censoren, HILLMER und HERMES, anbefehle, die ihnen „in Absicht der aufgetragenen Censur“ von ihm selbst beim Antritt ihrer Ämter im vergangenen Jahre und nachher bis zum 12. Juni 1792 erteilten Instruktionen, Reglements, Vorschriften und ander-

weitigen neuen Censurbefehle bekannt zu machen, damit einerseits erhelle, welche Ausdehnung er von Anfang an ihrem Amte habe geben wollen, was bei HILLMER zweifelhaft sei, und anderenteils diejenige Klasse der Unterthanen, welche sich mit der Schriftstellerei und dem Bücherverlage abgebe, seine Gesinnungen über diesen Punkt wissen und befolgen könne. Bis dahin lasse sich auch noch nicht beurteilen, inwieweit etwa nach einem Passus dieses neuen und bisher unbekannten Censurreglements der KANTSche Aufsatz für undruckfähig zu erklären sei. Möglich wäre es immer, daß hier, wie wohl oft geschehen sei, bei den Censoren eine kleine Verwechslung stattfinde, indem die Behauptungen einiger oder mehrerer Theologen für die eigentliche wirkliche Religion, die Art der Auslegung einiger Stellen für die Sätze der Bibel selbst genommen würden, während es doch erlaubt sein müsse, von den Theologen und deren Auslegungsart abzuweichen, sollte auch künftig ein Landesgesetz die Bibel christlichen Anteils zur allgemeinen Richtschnur aller Schriftsteller im Lande erklären. Da besagter Aufsatz aber in dem Vertrauen auf das bis jetzt nur allein bekannte und vom Könige nicht abolierte Censuredikt abgefaßt sei, er diesem zufolge jedoch unmöglich als unstatthaft befunden werden könne, und da ein nicht bekanntes Gesetz zur Nachachtung nicht verpflichte, überhaupt aber kein Befehl eine „vim retroactivam“ haben könne, so schließt BIESTER mit der zweiten Bitte, „daß diesem KANTSchen Aufsatz, gesetzt, daß er auch gegen ein künftig zu publicirendes Censuredict verstieße, für jetzt doch das Imprimatur von Ew. Königl. Majestät gnädigst ertheilt werde“.

So das BIESTERSche Immediatgesuch! Mit warmer Empfindung für den durch das Verbot gekränkten berühmtesten Mitarbeiter der Monatsschrift abgefaßt, bewies es in folgerichtiger Gedankenentwicklung die Willkür in dem Vorgehen der geistlichen Machthaber und wandte sich mit feiner Ironie zugleich gegen das Ganze des herrschenden Systems.

KANT
vor dem
Staatsrate.

Einem Reskript des Ministers Grafen VON HERTZBERG an den Großkanzler VON CARMER vom 22. Juni 1792¹ entnehmen wir, daß BIESTER bei Übersendung seiner Beschwerdeschrift zugleich erbeten hatte, daß sie dem Plenum der Staatsminister vorgelegt werde. HERTZBERG sowohl als CARMER glaubten dem Antragsteller dies nicht versagen zu können, und letzterer setzte am 24. Juni das Gesuch mit dem Bemerken in Umlauf, daß die Angelegenheit „in der nächsten allgemeinen Staatsratsversammlung“ zum Vortrag zu bringen sein werde. Das Schriftstück zirkulierte im Ministerium bis zum 1. Juli, am 29. Juni hatte es WÖLLNER vorgelegen. Der Moment war der Entscheidung nicht günstig. — Unter dem Eindruck der französischen Revolution und namentlich der das Königthum bedrohenden Vorgänge in Frankreich war im Dezember 1791 an sämtliche Reichsstände ein kaiserliches Schreiben ergangen, welches zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe im Reiche eine strenge Handhabung der Censur empfahl. Am 4. Februar 1792 hatte daraufhin eine Kabinetsordre FRIEDRICH WILHELMS II. dem Grafen von FINCKENSTEIN², als ältestem Etatsminister, anbefohlen, die kaiserl. Mahnung in einer allgemeinen Staatsratssitzung zur Beratung zu stellen, da das Übel aufrührerischer Schriften auch in den preussischen Landen heimlich und öffentlich dergestalt um sich gegriffen habe, „daß am Ende die äußerste Rigueur und Leib- und Lebensstrafen nöthig sein werden, um boshafte Schriftsteller, Drucker und Verleger

¹ „Der kgl. Bibliothekar BIESTER hat mir die begehende Beschwerungsschrift wegen der Censur zugeschickt und von mir verlangt, daß ich als ältester Minister in Abwesenheit des Herrn Grafen von FINCKENSTEIN solche in dem Ministerio circuliren lassen möchte. Ich glaube ihm solches nicht versagen zu können, und übersende also diese Vorstellung zuerst an des Herrn Groß-Canzlers Excellenz, weil der Herr Minister von BLUMENTHAL verreiset, und bitte sie so circuliren zu lassen, daß sie, wenn es möglich ist, den Montag auf den Etats-Vortrag zurückkomme.“
(Geh. Staatsarchiv Berlin a. a. O.)

² KAPP, a. a. O. S. 153 ff.

in Zaum und gebührender Ordnung zu halten“; Druckereien und Buchhandlungen sollten unter beständiger strenger Aufsicht stehen, Einwendungen, als wenn der Buchhandel dadurch leiden würde, werde der König nicht annehmen, denn dem Übel müsse gesteuert werden „und wenn auch der Buchhandel zu Grunde ginge“. Das Justizdepartement müsse die Bücherzensoren besser als bisher in Ordnung halten, das Gleiche gelte von dem Chef des geistlichen Departements, da die schriftstellerischen Aufklärer unter den Theologen den meisten Schaden anrichteten, endlich sei die Einführung der Gothaischen Gelehrten Zeitung und der Jenaischen Allgemeinen Litteratur-Zeitung in sämtlichen preussischen Landen zu verbieten. Auf Grund dieser Ordre war das Ministerium am 6. Februar zusammengetreten und hatte einstimmig beschlossen, daß jedes Departement gesonderte Beratung über den Gegenstand pflegen und aus den Spezialgutachten dann ein gemeinsamer Bericht an den König hergestellt werden solle. In den Gutachten der Departements überwog eine besonnene Auffassung der Dinge, namentlich ward in ihnen verschiedentlich hervorgehoben, daß man in den königl. Staaten aufrührerische Gesinnungen nicht kenne und nicht glaube, daß sie überhaupt in dem Geiste preussischer Unterthanen Platz finden könnten, „daß aber auch durch die bereits vorhandenen Gesetze schon genügend dafür gesorgt sei, daß keine dem Wohl des Staates nachteiligen Schriften verbreitet werden könnten“. Der Gesamtbericht der Minister an den König vom 17. Februar¹ führte im besonderen aus, „daß selbst die Verleitungen und Exempel der in Aufruhr befangenen Völker auf eine Nation nie die geringste Wirkung haben werden, welche stets durch pflichtvolle Treue, Liebe und Verehrung ihres Landesherrn sich ausgezeichnet und in jedem Falle der öffentlichen Noth, durch willigste Aufopferung von Leben und Vermögen, den musterhaftesten Patriotismus be-

¹ KAPP, a. a. O. S. 181 ff.

wiesen hat, daß zur Aufrechterhaltung der Religiosität bereits alles verordnet ist, was, ohne die rechtmäßige Denk- und Gewissensfreiheit zu unterdrücken, irgend geschehen kann, daß der wahre Geist der christlichen Lehre und Religiosität überhaupt im allgemeinen bei der Nation herrschend ist und daß selbst die nach dem Charakter der Litteratur und Menschheit unvermeidlichen kritischen Untersuchungen dieser und jener der Religion beigemischten nicht wesentlichen Streitigkeit auf die allgemeine Religiosität des Volkes keinen Einfluß haben.“ Das Verbot der Jenaischen Litteratur-Zeitung stellte das Ministerium als unbegründet hin. Am 21. Februar erging aus Anlaß dieser Darlegungen an das gesamte Staatsministerium eine ungnädige königl. Kabinetsordre¹, welche namentlich die versuchte Verteidigung der kritischen Untersuchungen in Bezug auf die Religion rügte: es schiene, als ob die Minister den Aufklärern das Wort reden wollten, der König aber sei der Meinung, daß es ein Glück für die preussischen Staaten sei, wenn die bisherigen von so vielen Geistlichen und anderen Aufklärern so dreist unternommenen Verfälschungen der alten reinen christlichen Religion, welche von ihnen als außerwesentliche Untersuchungen beschönigt würden, die nach dem Charakter der Litteratur und der Menschheit unvermeidlich wären, noch nicht auf die allgemeine Religiosität des Volkes einen Einfluß hätten; er gäbe den Ministern zu überlegen, ob dies Glück von langer Dauer sein würde, wenn hier nicht zeitig genug kräftige Mafsregeln genommen würden, diesen schädlichen Einfluß auf die Volksmenge zu vermindern. Das traurige Exempel jenes großen Staates stehe jedermann vor Augen, wo der Keim der unglücklichen Revolution in jenen Religionsspöttern zu suchen sei, die noch jetzt von der bethörten Nation im Grabe vergöttert würden. Die Minister sollten fest

¹ KAPP, a. a. O. S. 186 ff.

zusammenstehen, um die königliche Willensmeinung in ihrem ganzen Umfange auszuführen.¹

In dieser Lage war es natürlich, daß das Plenum der Etatsminister in der Sitzung vom 2. Juli 1792 BIESTERS Gesuch abschlägig beschied und das Druckverbot des KANTSchen Aufsatzes aufrecht erhielt.² KANT hatte über Fragen der Religion zu denken und zu schreiben gewagt, und HERMES und HILLMER hatten ihren Machtspruch zu seinen Ungunsten gefällt. Eine Entscheidung im entgegengesetzten Sinne würde den Ministern unfehlbar eine neue, nicht minder harte Rüge des Königs und aufs neue den Vorwurf eingetragen haben, daß sie den Aufklärern das Wort redeten.

Die
Ent-
scheidung
des
Staatsrates.

¹ Die Direktoren der Allgemeinen Litteratur-Zeitung nannte die Kabinetsordre „äußerst gefährliche und übelgesinnte Leute“; die so Bezeichneten waren der hervorragende Weimarer Buchhändler und Industrielle und vielgewandte Schriftsteller FRIEDR. JUSTIN BERTUCH, der Jenenser Philologe CHRISTIAN GOTTFRIED SCHÜTZ und CHR. WILH. HUFELAND, der damals in Weimar praktizierte und später einer der berühmtesten und geehrtesten Ärzte seiner Zeit wurde. — Über das Verbot der Gothaischen Zeitung findet sich eine interessante Mitteilung in einem Briefe FR. AUG. WOLFS an SCHÜTZ (d. d. Halle 1792, Febr. 21): „Daß die Gothaische Zeitung wirklich auf den Posten durchs ganze Land verboten ist, wissen Sie, nun sagt man, daß WÄHRMANN in Passendorf ein paar Exemplare derselben kommen lassen und täglich bei sein Merseburger Bier legen werde, um mehr Gäste hinaus zu ziehen. BARKHAUSEN will daher in seinem nächsten Berichte als Stadtpräsident auf meinen Rath mit einfließen lassen, daß die hiesige Bier-Consumtion seit den Tagen des Verbots der Gothaer Zeitung beträchtlich zum Nachtheil der Stadt gefallen sei, indem die Bier trinkenden studiosi und Un-studiosi, zumal die studiosi non studentes, weit häufiger als sonst die sächsischen Dörfer besuchten, weil dort neben dem Biere auch Gothaische Zeitungen zu haben wären. Wie gefällt Ihnen der Streich? und daß er ausgeführt werden soll, dafür stehe ich Ihnen.“ (*Chr. Gottfr. Schütz, Darstellung seines Lebens* etc., hrsg. von FR. K. J. SCHÜTZ, Bd. I, Halle 1834, S. 463.)

² „Detur cum remissione des Manuskripts zur resolution, daß seine Beschwerde ungegründet befunden worden, und es bey dem Ihm verweigerten imprimatur sein Verbleiben habe. Ita conclusum in pleno Concilii Status d. 2. Juli 1792. (*Geh. Staatsarchiv Berlin.*)

Die „Aufklärer“ rächten sich zunächst im August-Hefte 1792 der *Berlinischen Monatsschrift*¹ durch einen Aufsatz über „Unbekannte Gesetze“, der zweifellos aus BIESTERS Feder geflossen ist. Unter Anspielung auf die in ein mysteriöses Dunkel gehüllten unbekannten Obern des Rosenkreuzerordens wurde hier ausgeführt, daß man schon viel über die Möglichkeit gestritten habe, ob freie und verständige Menschen sich je verpflichtet haben könnten, Leute, deren Person, Charakter u. s. w. sie gar nicht kennen, als ihre Obern anzusehen und ihnen völlig und blindlings zu gehorchen. Die Sache scheine freilich wunderbar, noch viel wunderbarer aber als der Gehorsam gegen unbekannte Obere sei doch „ein geforderter Gehorsam gegen nicht bekannt gemachte Gesetze“. Das aber sei ein Faktum, und die Wirklichkeit dieses größeren Fakti begründe die Wahrscheinlichkeit jenes geringeren; jedenfalls ständen die „unbekannten Oberen“ mit den Gesetzen in Zusammenhang, welche zur Nachachtung nicht bekannt gemacht seien, denen man aber gehorchen solle. „Sollte Jemand,“ so schließt der als „Liebhaber von Kuriositäten“ sich unterschreibende Verfasser seine Satire, „neuere derartige Fälle aus Deutschland, vorzüglich solche, die etwa gar auf Litteratur Bezug hätten, wissen, dann bitte ich ihn dringend, dieselben bekannt zu machen.“

KANTS
Religions-
schrift
und die
Königs-
berger
Universität.

KANT gedachte nicht um der „Kuriosität“ willen, welche die Berliner Censoren sich gegen ihn gestattet hatten, seine religionsphilosophischen Untersuchungen abubrechen; am 30. Juli 1792 erbat er sich von BIESTER sein Manuskript zurück,² da er entschlossen war, den in der Monatsschrift veröffentlichten Aufsatz vom radikalen Bösen, „welcher dort für sich allein eine befremdliche Figur machen mußte“, mit den drei weiteren noch dazugehörigen Abhandlungen zu einem Buche zu vereinigen. Und zwar ging sein erster Plan dahin, das selbständige

¹ Bd. 20, S. 184 ff.

² Vergl. Werke XI 1, S. 126 ff.

Werk der Göttinger theologischen Fakultät zur Censur vorzulegen, um nicht die theologische Fakultät der eigenen Universität mit der geistlichen Ober-Examinationskommission in Berlin möglicherweise in Spannung zu versetzen.¹ Dann nahm er die Hallenser Fakultät in Aussicht; allein der Vorgang mit FICHTES „Versuch einer Kritik aller Offenbarung“, welchen dessen Königsberger Verleger HARTUNG in Halle hatte drucken lassen wollen, welchem aber der dortige damalige Dekan Professor JOHANN LUDWIG SCHULZE,² ein Anhänger des Halleschen Pietismus, das Imprimatur verweigerte, hielt ihn von dem vermutlich erfolglosen Schritte zurück. Schliesslich reichte er doch, da die Königsberger theologische Fakultät selbst nichts befürchtete, dem Dekan derselben, Oberhofprediger SCHULTZ, seine Arbeit ein, jedoch nicht sowohl zur Censur als vielmehr zur Beurteilung zunächst darüber, „ob die theologische Fakultät sich die Censur der Schrift anmassen, damit alsdann die philosophische Fakultät ihr Recht über dieselbe gemäß dem Titel, den sie führt, unbedenklich ausüben könne“.³ Hierdurch wollte KANT, im Gegensatz zu den Berliner Censoren, welche den zweiten Abschnitt seines Werkes „der biblischen Theologie“ zugewiesen hatten, prinzipiell festgestellt wissen,⁴ daß der philosophischen Fakultät die Freiheit zukomme, „über Alles, was Object der menschlichen Meinung sein mag, zu vernünfteln“, daß also auch die moralische Interpretation des Offenbarungs-

¹ KANT bei BOROWSKI, a. a. O. S. 236 f.

² Vergl. W. SCHRADER, *Geschichte der Friedrichs-Universität zu Halle*, Thl. I, Berlin 1894, S. 276, 394 und 524.

³ „Entwurf des Schreibens von KANT an die Königsberger theologische Fakultät, betr. die Druckfreiheit für seine Schrift: Religion innerhalb der Grenzen der reinen Vernunft“ aus den *Rostocker Kanthandschriften* zuerst mitgeteilt von DILTHEY, a. a. O. S. 429 ff.

⁴ Daß KANT das Recht der philosophischen Fakultät auf freie Religionsforschung durch sein Vorgehen prinzipiell zur Entscheidung bringen wollte, ergab sich schon aus seinem Schreiben an CARL FR. STÄUDLIN in Göttingen vom 4. Mai 1793 (Werke XI 1, S. 161) und wird durch DILTHEYS Veröffentlichung völlig klargestellt.

glaubens im weitesten Verstande innerhalb der Kompetenz des philosophischen Religionsforschers liege. Wenn die reine philosophische Theologie Schriftstellen in anderem Sinne nimmt als die biblische, argumentierte er, so ist ihre Absicht hierbei nicht, dieser eine Abänderung ihrer Auslegung zuzumuten, sondern nur zu versuchen, wie weit die Bibel, vom Philosophen gelesen, auch mit diesem seinem bloßen Vernunftsystem der Religion als übereinstimmend könne vorgestellt werden. Selbst wenn die philosophische Auslegung der von der biblischen Theologie sanktionierten widerstreitet, so ist ein solches selbständiges Verfahren doch eine unstreitige Befugnis der philosophischen Fakultät, und sie begeht hiermit in die biblische Theologie ebenso wenig einen Eingriff, als man der letzteren den Vorwurf eines Eingriffs in die Rechtsame einer anderen Wissenschaft macht, wenn sie zu ihrer Bestätigung oder Erläuterung sich so vieler philosophischen Ideen bedient, als sie zu ihrer Absicht tauglich glaubt. Der biblischen Theologie steht im Felde der Wissenschaften eine philosophische Theologie gegenüber, die das anvertraute Gut einer anderen Fakultät ist, und eben dieses Recht der anderen Fakultät darf nicht beeinträchtigt werden.

Die
Religion
innerhalb
der
Grenzen etc.
erscheint.

Die Entscheidung der theologischen Fakultät fiel im Sinne KANTS, das „Imprimatur“ ward durch die philosophische Fakultät erteilt,¹ und zur Ostermesse 1793 konnte er seine philosophische Religionslehre unter dem Titel *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft* dem Publikum vorlegen. Sie enthielt außer den beiden uns bereits bekannten Abhandlungen zwei weitere Abschnitte: „Der Sieg des guten Princips über das böse, und die Gründung eines Reichs Gottes auf Erden“ und „Vom Dienst und Afterdienst unter der

¹ Nicht durch die theologische Fakultät, wie meist angegeben wird (auch von KUNO FISCHER, *Geschichte der neuern Philosophie*, III, Aufl. 3, S. 81); der erwähnte Brief KANTS an STÄUDLIN läßt darüber keinen Zweifel.

Herrschaft des guten Princip, oder von Religion und Pfaffen-
thum.“ „Hell, scharf und klar, wie die frühe Wintersonne,
aber auch wie diese kalt und nüchtern“, so stellte das merk-
würdige Buch sich dar, welches für die Religionsphilosophie
ebenso epochemachend geworden ist, wie die drei Kritiken
KANTS für das gesamte Gebiet der Philosophie überhaupt.
Es war das Ergebnis eines langen, gründlichen und dem
Ziele eines Ausgleichs zwischen dem philosophischen Glauben
und dem positiven Kirchen- und Offenbarungsglauben, zwischen
Glauben und Wissen stets zugekehrt gewesenen Forscherlebens
eines der vornehmsten Geister. Von einer Analyse des Inhaltes
der Schrift kann füglich hier abgesehen und auf KUNO FISCHERS
meisterhafte Darstellung¹ verwiesen werden.

Die Vorrede setzte den Streit mit der Berliner Censur
fort. „Wenn die Moral,“ so lautet die hierher gehörige
Stelle, „an der Heiligkeit ihres Gesetzes einen Gegenstand der
größten Achtung erkennt, so stellt sie auf der Stufe der
Religion an der höchsten, jene Gesetze vollziehenden Ursache
einen Gegenstand der Anbetung vor, und erscheint in ihrer
Majestät. Aber Alles, auch das Erhabenste, verkleinert sich
unter den Händen der Menschen, wenn sie die Idee desselben
zu ihrem Gebrauch verwenden. Was nur so ferne wahrhaftig
verehrt werden kann, als die Achtung dafür frei ist, wird
genöthigt, sich nach solchen Formen zu bequemen, denen man
nur durch Zwangsgesetze Ansehen verschaffen kann, und was
sich von selbst der öffentlichen Kritik jedes Menschen blosstellt,
das muß sich einer Kritik, die Gewalt hat, d. i. einer Censur,
unterwerfen. Indessen, da das Gebot: gehorche der Obrigkeit!
doch auch moralisch ist, und die Beobachtung desselben, wie
die von allen Pflichten, zur Religion gezogen werden kann,

¹ A. a. O. VI, Aufl. 3, S. 259—366; vergl. auch O. PFLEIDERER, *Geschichte der Religionsphilosophie von Spinoza bis auf die Gegenwart*, Aufl. 3, Berlin 1893, S. 176 ff., und E. LAAS, *Kants Stellung in der Geschichte des Konflikts zwischen Glauben und Wissen*, Berlin 1882.

so geziemt einer Abhandlung, welche dem bestimmten Begriffe der letztern gewidmet ist, selbst ein Beispiel dieses Gehorsams abzugeben, das aber nicht durch die Achtsamkeit bloß auf das Gesetz einer einzigen Anordnung im Staat, und blind in Ansehung jeder andern, sondern nur durch vereinigte Achtung für Alle vereinigt bewiesen werden kann. Nun kann der Bücher richtende Theolog entweder als ein solcher angestellt sein, der bloß für das Heil der Seelen, oder auch als ein solcher, der zugleich für das Heil der Wissenschaften Sorge zu tragen hat; der erste richtet bloß als Geistlicher, der zweite zugleich als Gelehrter. Dem letztern als Gliede einer öffentlichen Anstalt, der (unter dem Namen einer Universität) alle Wissenschaften zur Cultur und zur Verwahrung gegen Beeinträchtigungen anvertraut sind, liegt es ob, die Anmaßungen des erstern auf die Bedingung einzuschränken, daß seine Censur keine Zerstörung im Felde der Wissenschaften anrichte, und wenn Beide biblische Theologen sind, so wird dem letztern als Universitätsgliede von derjenigen Facultät, welcher diese Theologie abzuhandeln aufgetragen worden, die Obercensur zukommen, weil, was die erste Angelegenheit (das Heil der Seelen) betrifft, beide einerlei Auftrag haben; was aber die zweite (das Heil der Wissenschaften) anlangt, der Theolog als Universitätsgelehrter noch eine besondere Function zu verwalten hat. Geht man von dieser Regel ab, so muß es endlich dahin kommen, wo es schon sonst (zum Beispiel zur Zeit des Galileo) gewesen ist, nämlich daß der biblische Theolog, um den Stolz der Wissenschaften zu demüthigen und sich selbst die Bemühung mit denselben zu ersparen, wohl gar in die Astronomie oder andere Wissenschaften, z. B. die alte Erdgeschichte, Einbrüche wagen, und wie diejenigen Völker, die in sich selbst entweder nicht Vermögen, oder auch nicht Ernst genug finden, sich gegen besorgliche Angriffe zu vertheidigen, Alles um sich her in Wüstenei verwandeln, alle Versuche des menschlichen Verstandes in Beschlag nehmen dürfte.“

Was KANT hier über den Unterschied der Censur eines Geistlichen und eines Fakultätstheologen ausführte, konnte in seiner Beziehung auf HERMES und HILLMER nicht sogleich beim Erscheinen des Werkes von den Zeitgenossen, denen der vorausgegangene Konflikt vorerst unbekannt blieb, verstanden werden.¹ Die unmittelbare Wirkung der Schrift, welche mit erhabenem Ernst die Religion des Sittengesetzes als göttlichen Gebots zu begründen, das Christentum als ein großes welt-historisches Institut sittlicher Bildung, Christus als Personifikation des „vollkommenen Menschen“, als sittliches Ideal zu erfassen suchte, kann aber auch ohne daß ihr durch die Publicität jener internen Vorgänge ein erhöhtes Interesse verschafft worden wäre, keine geringe gewesen sein, da schon zu Ostern 1794 eine zweite Auflage nötig wurde.²

Inzwischen aber war in Preußen das Ministerium WÖLLNER zu immer neuen Maßnahmen gegen die Modellehrer und Aufklärer fortgeschritten. Der *Haude- und Spenerschen Zeitung* wurde im Juli 1793 aus Anlaß einer Beschwerde HILLMERS untersagt, theologische Artikel und Rezensionen aufzunehmen; sie sollte sich fortan mit einer bloßen Anzeige der Titel begnügen, aber auch bei diesen allen Schein des Anstoßes vermeiden.³ Am 5. März 1794 beantragten HERMES und HILLMER als Censoren der theologischen und moralischen Bücher beim Könige, um „mit aller Treue und Wachsamkeit darauf sehen zu können, daß die landesväterlichen Absichten nicht vereitelt würden“, zur Steuer „des einreisenden Unwesens“ anderweitige

Neue
Censur-
mafsregeln.

¹ Vergl. unten S. 52.

² Beide Auflagen erschienen bei NICOLOVIVS in Königsberg. Nachdrucke der ersten Auflage erschienen schon 1793 in Neuwied und in Frankfurt-Leipzig, ein Nachdruck der zweiten Auflage 1794 in Frankfurt-Leipzig. Eine dritte Ausgabe kam 1798 in Königsberg heraus, in demselben Jahre eine dänische Übersetzung in Kopenhagen. Im Jahre 1841 wurde das Buch von TRULLARD, 1842 von LORTET ins Französische übersetzt, 1854 in Danzig ins Polnische.

³ KAPP, a. a. O. IV, 212 ff.

zweckmäßige Verfügungen in Betreff der Censur. Demgemäß ordnete das Justizdepartement unter Einschärfung des Censurediktes an, daß „den beiden Censoren halbjährlich die Buchhändler ein Verzeichnis ihrer Verlags- und Kommissionsartikel vorlegen und ihnen jedes verlangte Buch verabfolgen sollten“.

Vorgehen
gegen die
Uni-
versitäten.

Im April 1794 wurde NICOLAIS *Allgemeine deutsche Bibliothek* „als ein gefährliches Buch gegen die christliche Religion“ in den preussischen Landen untersagt.¹ Gleichzeitig ergingen zwei königliche Reskripte an den Großkanzler von CARMER, welche diesem in gemessenstem Tone befahlen, „die Fiskale anzuhalten, daß sie bei den Untersuchungen gegen Neologen² und Übertreter des Religionsediktes weder saumselig noch nachlässig sein sollen, wofern sie nicht selbst cassirt sein wollen“. Dann wurde, um das Übel unmittelbar und an der Wurzel anzugreifen, mit der Untersuchung gegen Schulen und Universitäten vorgegangen. Für alle Geistlichen, Gymnasial- und Universitätslehrer wurden Reverse angeordnet, sich in allen Stücken genau nach dem Religionsedikt zu richten; in Halle aber, der „Pflanzschule der irrgläubigen Geistlichen“, ward zuerst die Einschränkung der Lehrfreiheit auf den Universitäten versucht. Am 26. März 1794 erhielten HERMES und HILLMER den Auftrag, die dortige theologische Fakultät einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen, und am 30. April wurden sie für diesen Zweck mit einer von ihnen selbst vorgeschlagenen ausführlichen Instruktion ausgerüstet. Schon vorher waren die Professoren NÖSSELT und NIEMEYER mit unfehlbarer Kassation bedroht worden, wenn sie ihre neologische Lehrart nicht änderten, „wodurch die Zuhörer von der Erkenntniß der reinen christlichen Glaubenslehre abgeführt und

¹ Der König an CARMER d. d. 17. April 1794 bei KAPP, a. a. O.V, 258.

² So hießen im Ministerialstil die Vertreter der aufgeklärten Theologie.

äußerst verwirret“ würden.¹ Am 29. Mai trafen die beiden Berliner Oberkirchenräte in Halle ein; von einem aufgeregten Studentenhafen vor dem Gasthofs Zum goldenen Löwen, wo sie abgestiegen waren, mit Demonstrationen und Neckereien bedroht, verließen sie jedoch schon am folgenden Tage, ohne ihre Mission erfüllt zu haben, in übereilter Flucht heimlich die Stadt. Nun ergingen bis in den Oktober hinein von Berlin aus drohende Reskripte an die Universitätsbehörden — aber niemand fand sich geneigt, sie zu vollziehen. An dem Freimut der Fakultät, welche sich mit einer von NÖSSELT verfaßten Beschwerdeschrift an den Staatsrat wandte, an der Charakterfestigkeit des altpreussischen Beamtentums und an der Macht preussischer Institutionen scheiterten hier alle Versuche zur Unterdrückung der akademischen Lehrfreiheit. Auf Halle folgte nun Königsberg.

Am 10. April 1794 richtete die Geistliche Immediat-Examinations-Kommission, d. h. HERMES, HILLMER und WOLTERSDORF, an den König die Vorstellung, daß schon vor geraumer Zeit eine dem Religionsedikt gerade zuwiderlaufende Broschüre des Titels *Über jetzige und künftige Neologie* erschienen sei, „von welcher nach verschiedenen Privatnachrichten sowohl, als nach dem allgemeinen Ruf der Consistorialrath und Professor HASSE in Königsberg als Verfasser angegeben werde“; die Kommission sehe sich daher zu der Bitte gedrungen, daß demselben eine kategorische Erklärung darüber, ob er der Verfasser jener Broschüre sei oder nicht, abgefordert, und daß er im ersteren Falle zur Verantwortung gezogen werde.² JOHANN GOTTFRIED HASSE, im Jahre 1759 in Weimar geboren, war seit 1786 Professor der morgen-

Mafs-
regelung
HASSES.

¹ Erlaß vom 3. April 1794 (eigenhändiger Entwurf WÖLLNERS), abgedr. bei SCHRADER, a. a. O. II, 480, Anlage 27.

² *Geheimes Staatsarchiv Berlin*, R. 76: Acta generalia des Königl. Ober-Schul-Collegii Universität Königsberg, Vol. 1, 1788—1799, Abth. II, No. 232.

ländischen Sprachen in Königsberg; im Jahre 1788 war ihm die ordentliche Professur der Theologie daselbst und 1790 zugleich das Rektorat der Kathedralschule am Kneiphofe übertragen worden.¹ Auf ein unterm 15. April im Sinne der Kommission an ihn ergangenes Reskript WÖLLNERS bekannte er sich als Verfasser der im Jahre 1792 erschienenen Schrift und gab in einem Rechtfertigungsschreiben vom 28. April über ihre Entstehung an, daß er sie anonym geschrieben habe, um, wie die Vorrede besage, sie desto unparteiischer geprüft zu sehen; deshalb habe er alle möglichen Anstalten getroffen, daß er als Autor unbekannt bliebe. Er habe nie darnach gelehrt und weiter keinen Gebrauch davon gemacht, gestehe auch aufrichtig, daß er jetzt wünsche, sie nicht geschrieben zu haben und gerne wieder zurücknähme, wenn es möglich wäre, da sie, wie er mit Leidwesen vernehme, einen Schein des Anstoßes an sich habe; ihr Inhalt widerspreche nicht dem Geist des Religionsediktes, nur historisch habe er über den Begriff Neologie geschrieben, die von ihm aufgestellten Sätze seien nur historische Angaben, keine eigenmächtigen Behauptungen, endlich habe er zu einer Zeit geschrieben, „da er Hoffnung gehabt, auswärts besser befördert zu werden, wo dergleichen zu schreiben erlaubt sei“. Diesen wenig würdevollen Bekenntnissen HASSES hielt die Geistliche Examinations-Kommission fünfundzwanzig anstößige Stellen seiner Schrift entgegen und fügte hinzu, „daß es denn doch wohl kein Kennzeichen der Wahrheitsliebe sei, wenn man dahin sehe, wo der Wind herkommt.“² Unterm 19. August erging dann an HASSE ein Reskript von Berlin aus, welches ihm aufgab, „sich in seinem mündlichen Unterricht und in seinen Schriften

¹ HASSE war in KANTS letzten drei Lebensjahren dessen häufiger Tischgenosse; er hat *Merkwürdige Äußerungen Kants* in einer kleinen Schrift (Königsberg 1804) zusammengestellt.

² Erinnerungen der Immediat-Examinations-Kommission gegen die Verantwortung HASSES: *Geh. Staatsarchiv Berlin* a. a. O.

genau nach dem Religionsedikt zu richten und der Jugend mehr als bisher geschehen durch Gehorsam gegen seinen Landesherrn und dessen Befehle vorzugehen, widrigenfalls bei fernerer Renitenz die schon verdienten strengeren Verfügungen gegen ihn unfehlbar werden erlassen werden“.

Eine zweite Beschwerde gegen die Königsberger Universität betraf Excesse, welche in einer der dortigen Kirchen von Studenten angeblich verübt worden waren;¹ die Ausschreitungen sollten darin bestanden haben, daß ein Studierender der Theologie mit brennender Tabakspfeife in die Kirche gekommen wäre und sie, nachdem sie ausgegangen, an den Altarkerzen wieder angezündet, ein anderer während des Gesanges gepfiffen und ein dritter vom Chor herab die unten sitzenden Leute bespien hätte. Am 4. Juli wurde das Ostpreussische Etatsministerium mit der Untersuchung der Angelegenheit durch ein königliches Reskript betraut. Das Ministerium berichtete am 2. August, daß bei der Universität, den Inspektoren der lutherischen Kirchen und durch diese bei den Synodalen, bei den Predigern, den Geistlichen der deutsch- und französischen reformierten Gemeinde, dem Parochus der römisch-katholischen Kirche Erkundigungen eingezogen und zuverlässig ermittelt worden sei, „daß von allen dreyen angeblichen Excessen auch nicht einer nur irgend einige Richtigkeit hat; die Angabe wegen des Tobacs-Rauchen's in der Kirche und wegen des Anzündens der Tobacs-Pfeife an den Altar-Kertzen ist schon eine alte Tradition eines Facti, welches vor dreißig und mehrern Jahren auf einer auswärtigen Universität während ihrer damaligen renomistischen Periode sich zugetragen haben soll, die hiesige Universität aber hat bekanntermassen nie eine solche Periode gehabt und eben jetzt dürfte sie wohl am weitesten davon entfernt sein, da vielmehr sowohl verfeinerte

Angebliche
Studenten-
excesse.

¹ *Geh. Staatsarchiv Berlin R. 76: Acta des Königl. Ober-Schul-Collegii betr. Studenten-Händel-Excesse auf der Universität Königsberg, Vol. 1, 1791—1805, Abthl. II, No. 263.*

Lebensart als ein ernstes und gesetztes Betragen die hiesige Akademie dem hiesigen Publico achtungswerth machet“. Diesem Berichte schloß der akademische Senat eine an den König gerichtete Verwahrung¹ gegen die Verleumdungen der Universität an; er erklärte darin jene Dinge „für eine bloße sehr grob ausgedachte ganz falsche Erdichtung“, und fügte hinzu: „Wir enthalten uns alles Urtheils darüber, wie viel und vielerlei dazu gehöre, die Kühnheit und einen solchen Grad von unverschämter Bösartigkeit haben zu können, mit solchen schadenfrohen Erdichtungen zur Kränkung und Beschädigung der Unschuldigen selbst den Königsthron zu behelligen und dessen Heiligkeit mit solchen Unwahrheiten zu beschmutzen und im Stande zu sein, auf solche Angaben ein Allerhöchstes Reskript zu extrahiren.“ WÖLLNER reskribierte hierauf an das Ostpreussische Etatsministerium, man habe, weil auf den anderen Universitäten seit einiger Zeit so manche Excesse vorgefallen seien, zur Sicherung des guten Rufes der Königsberger Akademie den Grund oder Ungrund des Gerüchtes von der Sittenlosigkeit der dortigen Studierenden untersuchen lassen müssen und das um so mehr, „da zu jetzigen Zeiten noch immer formido oppositi übrig bleibt und es Uns also zu Allerhöchstem Wohlgefallen gereicht, wenn dergleichen Gerüchte bei näherer Untersuchung völlig falsch befunden werden“. Im übrigen habe der akademische Senat sich bei dieser Erklärung zu beruhigen. Datirt ist dieses Reskript vom 30. September 1794, das Datum des folgenden Tages trägt die vielberufene Kabinetsordre an KANT,² welche die Schreib- und Lehrfreiheit des auf der Höhe seines Ruhmes und Einflusses stehenden Philosophen beschränken sollte, und welche mehr als alles andere dazu beitragen mußte, das WÖLLNERSche System in der ganzen gebildeten Welt verächtlich zu machen.

Maß-
regelung
KANTS.

¹ d. d. 5. September 1794 (*Geheimes Staatsarchiv Berlin a. a. O.*).

² Werke X, S 252 ff.; in KANTS Hände gelangte die Kabinetsordre am 12. Oktober.

Dem greisen Denker — er hatte das siebzigste Lebensjahr bereits vollendet — ward vorgeworfen, daß er in der Religionschrift und in seinen kleineren Abhandlungen seine Philosophie zur Entstellung und Herabwürdigung einiger Haupt- und Grundlehren der heiligen Schrift und des Christentums mißbraucht habe. „Wir haben uns,“ heisst es dann wörtlich, „zu Euch eines Bessern versehen; da Ihr selbst einsehen müsset, wie unverantwortlich Ihr dadurch gegen Eure Pflicht, als Lehrer der Jugend, und gegen unsere, Euch sehr wohl bekannten, landesväterlichen Absichten handelt. Wir verlangen des Ehesten Eure gewissenhafteste Verantwortung, und gewärtigen Uns von Euch, bei Vermeidung unserer höchsten Ungnade, daß Ihr Euch künftighin Nichts dergleichen werdet zu Schulden kommen lassen, sondern vielmehr, Eurer Pflicht gemäß, Euer Ansehen und Eure Talente dazu anwenden, daß unsere landesväterliche Intention je mehr und mehr erreicht werde, widrigenfalls Ihr Euch, bei fortgesetzter Renitenz, unfehlbar unangenehmer Verfügungen zu gewärtigen habt.“

Auf einen kleinen Zettel, welcher sich in seinem Nachlaß vorgefunden, hat KANT in jenen Tagen die Worte geschrieben: „Widerruf und Verleugnung seiner innern Überzeugung ist niederträchtig; aber Schweigen in einem Fall wie der gegenwärtige ist Unterthanspflicht; und wenn alles, was man sagt, wahr sein muß, so ist darum nicht auch Pflicht, alle Wahrheit öffentlich zu sagen.“¹ Im Sinne dieser Erwägungen hat er das königliche Schreiben beantwortet.² Gegen den Vorwurf des Mißbrauchs und der Pflichtwidrigkeit rechtfertigte er sich, indem er ihn widerlegte; der Forderung, seine Talente künftighin besser anzuwenden, setzte er den Entschluß völligen Schweigens über alle die Religion betreffende Gegenstände entgegen. „Um auch dem mindesten Verdachte,“ so schloß

Verant-
wortung
KANTS.

¹ Vergl. Werke XI, 2, S. 138.

² Die Antwort ist abgedruckt in der Vorrede zum *Streit der Fakultäten* (Werke X, 253 ff; vergl. unten S. 52).

er seine Verantwortung, „vorzubeugen, halte ich für das Sicherste, hiermit, als Ew. Königl. Maj. getreuester Unterthan, feierlichst zu erklären: daß ich mich fernerhin aller öffentlichen Vorträge, die Religion betreffend, es sei die natürliche oder geoffenbarte, sowohl in Vorlesungen, als in Schriften gänzlich enthalten werde.“

Dem Ministerium WÖLLNER genügte es noch nicht, daß so der Meister selbst sich zum Schweigen entschlossen hatte, auch seine Schüler und Anhänger sollten des öffentlichen Gebrauches seiner Schrift über die *Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft* sich enthalten. Der am 17. August 1795 vom Ostpreussischen Etatsministerium dem Könige zur Approbation vorgelegte Lektionskatalog der Universität Königsberg für das Wintersemester 1795 ward am 8. September genehmigt, wiewohl Professor SCHULTZ in demselben eine Vorlesung über KANTS Religionsschrift angekündigt hatte.¹ Am 14. Oktober aber erging nachträglich an das Etatsministerium ein von HILLMER eigenhändig niedergeschriebenes und von ihm und WÖLLNER gezeichnetes Reskript,² daß man in dem bereits am 8. September approbierten Vorlesungsverzeichnis der Universität „mit dem größten Befremden unter den theologischen Privatvorlesungen ein von dem D. SCHULTZ angekündigtes Kollegium über das KANTISCHE Buch: *Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft* gefunden. Es werde hiermit sowohl dem SCHULTZ als sämtlichen Professoren der Gebrauch des vorgenannten Buches bei ihren Vorlesungen ‚aus bewegenden Ursachen‘³ Ein für allemal untersagt, welches den Professoren vom Etats-Ministerio bekannt zu machen sei.“ Diese Zuschrift

¹ „D. SCHULTZ: Sive Kantii librum de religione explicabit sive lectionem aliam h. X habebit“. (*Geheimes Staatsarchiv Berlin* R 76, Acta des Kgl. Ober-Schul-Collegii Lections-Cataloge, Vol. 1, Abt. 2, No. 255.)

² Ebenda.

³ Eigenhändiger Zusatz WÖLLNERS.

ist denn auch den sämtlichen Professoren auf Senatsverfügung mitgeteilt und von ihnen unterschrieben worden.¹

In seinem Rechtfertigungsschreiben an den König hatte KANT, wie er selbst bekennt, die Worte: „als Ew. Königl. Maj. getreuester Unterthan“ mit Vorbedacht gewählt, „damit er nicht der Freiheit seines Urteils in diesem Religionsprozeß auf immer, sondern nur so lange Se. Maj. am Leben wäre, entsagte“. Mit dem Tode FRIEDRICH WILHELMS II.² kehrte für den Philosophen die Freiheit zu denken, welcher er durch jene vorsichtige Mentalreservation sich nicht für immer hatte entschlagen wollen, in der That noch wieder. Schon im Dezember 1797 wurden durch König FRIEDRICH WILHELM III. die Examinations-Kommissionen aufgehoben und das Ober-Konsistorium in seine früheren Rechte wieder eingesetzt. Am 12. Januar 1798 erging an WÖLLNER eine höchst ungnädige Kabinettsordre, in welcher FRIEDRICH WILHELM erklärte: „Ich selbst ehre die Religion, folge gern ihren beglückenden Vorstellungen, und möchte um vieles nicht über ein Volk herrschen, welches keine Religion hätte, aber ich weiß auch, daß sie Sache des Herzens, des Gefühls und der eigenen Überzeugung sein und bleiben muß, und nicht durch methodischen Zwang zu einem gedankenlosen Plapperwerk herabgewürdigt werden darf, wenn sie Tugend und Rechtschaffenheit befördern soll. Vernunft und Philosophie müssen ihre unzertrennlichen Gefährten sein, dann wird sie durch sich selbst feststehen, ohne die Autorität derer zu bedürfen, die es sich anmaßen wollen, ihre Lehrsätze künftigen Jahrhunderten aufzudringen, und den Nachkommen vorzuschreiben, wie sie zu jederzeit denken sollen.“³

Tod
des
Königs.

¹ In den Unterschriften fehlte diejenige von KANT. Wenn DILTHEY (a. a. O. S. 448) meint, „man habe also wahrscheinlich KANT durch die Sache nicht verletzen wollen“, so scheint das nicht zutreffend. KANTS Unterschrift war durch seine vorangegangene Erklärung eben überflüssig.

² Am 16. November 1797.

³ Abgedruckt u. a. im *Archiv für Geschichte des deutschen Buchhandels* VIII, 1883, S. 327.

Der
Streit
der
Fakultäten.

Nun veröffentlichte KANT seinen *Streit der Fakultäten*, worin er das Verhältnis der theologischen zur philosophischen Fakultät von neuem genauer erörterte; in der Vorrede zu dieser Schrift erzählte er als ein die falsche Bekämpfung der Philosophie beleuchtendes Beispiel seinen Konflikt mit der preussischen Censur und gab zugleich die Kabinetsordre vom 1. Oktober 1794 und seine Beantwortung derselben, welche er seither nur seinen vertrautesten Freunden mitgeteilt hatte, bekannt. In seinem systematischen Denken gelangte erst mit dieser Arbeit der im Jahre 1792 begonnene Streit zum Abschluß. Preßfreiheit hat KANT — trotz FICHTES Vorgang¹ — nicht verlangt. Die Censur sollte bestehen bleiben, aber sie sollte zu einer Funktion des Universitäts-Organismus als der obersten wissenschaftlichen Körperschaft erhoben und so zum Nutzen der Wissenschaft und des Kulturfortschrittes der Willkür der Verwaltung und den theologischen Vorurteilen entzogen werden.

Blicken wir auf Ursprung und Verlauf dieses Streites, welcher in der an denk- und merkwürdigen Vorfällen so reichen Geschichte der Censur über wissenschaftliche Schriften unstreitig einen der merkwürdigsten und zugleich lehrreichsten bildet, zurück, auf die relative Berechtigung, welche dem beim Tode FRIEDRICHS des Großen gegen das Überwuchern der Aufklärung eingeleiteten Reaktionsprozeß zuerkannt werden muß, und andererseits aber auf die Art, wie die hierzu berufenen Persönlichkeiten sich ihrer Aufgabe entledigen zu dürfen glaubten, so werden wir an eines der GOETHE-SCHILLERSchen Xenien erinnert:

Eine würdige Sache verfehlet ihr, nur mit Verstande
Bitt' ich! daß sie zum Spott und zum Gelächter nicht wird!

¹ Vergl. FICHTES Rede: *Zurückforderung der Denkfreiheit von den Fürsten Europas*, 1793 (Werke, hrsg. von J. H. FICHTE, Bd. 6, S. 3 ff.).

II.

Kleinere Beiträge

zur

Lebensgeschichte Kants.

1. Kants Bewerbung um das Unterbibliothekariat an der Königsberger Schloßbibliothek.

Bei dem feierlichen Traueractus, durch welchen die Universität Königsberg im großen Hörsaal am 23. April 1804 KANTS Andenken feierte, wurde die Gedächtnisrede von dem Konsistorialrat Dr. WALD, der die Professur der Beredsamkeit neben seinen Lehrämtern in der Theologie und in der orientalischen Litteratur übernommen hatte, gehalten. Ehe WALD die Rede hielt, ließ er das Konzept derselben unter den Senatsmitgliedern zirkulieren; CHRISTIAN JAKOB KRAUS, damals Dekan der philosophischen Fakultät, und JOH. CHRISTOPH GRÄF, seit 1783 Professor der Theologie und Pfarrer an der Kneiphofschen Kathedralkirche, hatten manches daran zu berichtigen. Sie bemerkten ihre Ausstellungen und Verbesserungen am Rande des Konzeptes. Die so entstandenen Notizen sind zugleich mit dem Konzept der WALDSchen Rede durch RUDOLPH REICKE¹ publiziert worden. REICKE bezeichnet die KRAUSSchen Anmerkungen als besonders wertvoll, „nicht bloß wegen ihres biographischen Inhaltes, sondern auch durch die warme und liebenswürdige Pietät, die KKAUS für seinen Freund KANT in schlichten Worten kundgiebt.“

Eine der Bemerkungen von KRAUS lautete nun:² „FRANZ ALBERT SCHULTZ ließ einmal KANT zu sich bitten und stellte ihm vor, er möchte sich doch zu einer damaligen Vakanz

¹ Kantiana. Beiträge zu IMMANUEL KANTS Leben und Schriften. (Separatabdruck aus den *Neuen Preussischen Provinzial-Blättern*.) Königsberg 1860. VI, 83 S. 8^o.

² A. a. O. S. 8 Anm.

melden; aber er that es nicht. Wie er zu der Schloßbibliothekarstelle gekommen, weiß ich nicht, aber ich wollte wohl alles wetten, daß er nicht darauf gefallen ist, darum zu bitten, sondern daß seine Freunde sie ihm sozusagen in die Hände gespielt. So viel ich weiß, hat KANT nie in seinem Leben um etwas für sich gebeten oder nachgesucht.“

Außer den Marginalien sandte KRAUS am 22. April 1804 an WALD ein Schreiben mit Zusätzen zu einzelnen Stellen der Gedächtnisrede.¹ Hier wiederholte er: „KANTEN fiel es nie ein, um etwas für sich zu bitten oder zu ambiren.“

Wie KANT zu der Bibliothekarstelle gekommen, darüber geben auch FISCHER und SCHUBERT in ihren biographischen Darstellungen keinen Aufschluß; wir erhalten solchen erst aus den bisher für diese Zwecke wenigstens unbenutzt gebliebenen Akten des Königl. Geheimen Staatsarchivs zu Berlin und erfahren hierbei zugleich, daß die vorerwähnten Annahmen oder Behauptungen von KRAUS für eine Charakteristik KANTS nicht verwendet werden dürfen.

KANT hatte sich im Jahre 1755 in Königsberg als Privatdocent habilitiert. Durch eine Preisarbeit für die Berliner Akademie der Wissenschaften lenkte er im Jahre 1763 zuerst die Aufmerksamkeit der preussischen Regierung auf sich, so daß im folgenden Jahre² von Berlin aus durch das Justizministerium als der Oberaufsichtsbehörde über die Universitäten eine Anfrage nach Königsberg an das Etatsministerium erging, ob KANT für die damals erledigte Professur der Dichtkunst sich qualifiziere und sie zu übernehmen geneigt wäre. KANT lehnte die Professur ab und empfahl sich der Regierung für eine günstigere Gelegenheit. Das Justizministerium verfügte hierauf am 24. Oktober 1764, „daß der Magister I. KANT zum Nutzen und Aufnehmen der Königsberger Akademie bei einer

¹ Abgedruckt bei REICKE, a. a. O. S. 58 ff.

² Reskript vom 5. August 1764, unterzeichnet: v. FÜRST, v. MÜNCHHAUSEN (SCHUBERT, in Werke XI 2, S. 50).

anderweitigen Gelegenheit placiert werden solle“.¹ Weitere Reskripte zu Gunsten KANTS ergingen dann seitens des Etatsministeriums an den akademischen Senat am 28. Oktober und 16. November 1764. Das letztere ist uns in den Berliner Archivakten² erhalten und lautete: „Wir haben vermittelst Rescripts d. d. Berlin d. 24. und wiederholentlich den 28. jüngst verwichenen Monats allergnädigst verordnet, daß der sehr geschickte und mit allgemeinem Beyfall auf der hiesigen Academie docirende Mag. KANT bey erster Gelegenheit befördert werden solle. Demnach ihr demselben solches bekannt zu machen, auch ihn bey sich ereignendem Fall vorzüglich in Vorschlag zu bringen habt.“

Im folgenden Jahre bot sich KANT Gelegenheit, zu einer amtlichen Stellung und zu einer festen Besoldung zu gelangen, als durch den Rücktritt des Hofrates GORAISKI das Unterbibliothekariat an der Königsberger Schloßbibliothek³ erledigt wurde. Am 24. Oktober 1765 bewarb er sich um dasselbe durch nachstehendes an König FRIEDRICH den Großen gerichtetes Gesuch:⁴ „Da der Hofrath GORAISKI seine bisher geführte Stelle eines Subbibliothecarii bey der hiesigen Schloß-Bibliothek niedergelegt hat, so ergethet mein Allerunterthänigstes Ansuchen an Ew. Königl. Majestät mir durch conferirung dieser Stelle sowohl eine erwünschte Gelegenheit zum Dienste des gemeinen Wesens als auch eine gnädige Beihülfe zur Erleichterung meiner sehr mißlichen Subsistentz auf der hiesigen Academie angedeyen zu lassen“.

¹ SCHUBERT, ebenda XI 2, S. 51.

² KANT hat es in seinem sogleich zu erwähnenden Bewerbungsgesuch vom 24. Oktober 1765 als Anlage beigefügt; vergl. Anm. 4.

³ Die sogenannte Schloßbibliothek ist 1514 durch den ersten Herzog von Preußen Markgrafen ALBRECHT VON BRANDENBURG begründet und 1810 mit der Universitäts-Bibliothek vereinigt worden.

⁴ *Geh. Staatsarchiv Berlin* R. 76: Acta des Kgl. Curatoriums der Universitäten. Schloß-Bibliothek Königsberg III, 1746—1769, Abt. 2, No. 259.

„Die allergnädigste Gesinnung, welche Ew. Königl. Majestät in Absicht auf mich in dem Huldreichen rescript d. d. Königsberg d. 16. Nov. 1764 zu äußern geruhet haben, läßt mich hoffen, daß diesem meinem allerunterthänigsten Gesuch durch Höchstdero allergnädigste Genehmigung werde gewillfahret werden. Ich ersterbe in tiefster devotion“ u. s. w.

Zur Unterstützung seines Gesuches sandte er wenige Tage später, am 29. Oktober, das folgende Schreiben¹ nach Berlin:

„Hochgebohrner Freyherr
Gnädiger Herr,

Die überzeugenden Proben, welche Ew. Excellenz geruhet haben mir von der gnädigen Aufmerksamkeit zu geben, deren dieselbe mich so großmüthig würdigen, bewegt mich zu dem Zutrauen, gegenwärtiges Anliegen Dero gnädiger Genehmigung unterthänigst darzulegen.

Der Hofrath GORAISKI hat seine Stelle eines Subbibliothecarii bey der hiesigen Schloßbibliothek resignirt. Ich habe geglaubt mit der litteratur so viel bekannt zu seyn, daß ich dieses Amt dem Erfordern gemäß geziemend verwalten könne und bin um deswillen bei E. hiesigen hohen Landes-Regierung mit einem petito eingekommen. Zwey alhier vor Kurzem creirte Magistri² haben sich gleichfalls dazu gemeldet.

Die erwünschte Gelegenheit, die ich in einem solchen Posten antreffen würde, so viele Hülfsmittel der Wissenschaften bey der Hand zu haben, imgleichen das kleine Gehalt, welches dem Vernehmen nach von 60 rthl. seyn soll, und meiner sehr unsicheren academischen Subsistence zu einiger Beihülfe dienen würde, lassen mich einen günstigen Ausschlag vor dieses mein Ansuchen wünschen. Es fehlet den andern competenten nicht an Empfehlungen.

¹ *Geh. Staatsarchiv Berlin a. a. O.*

² NIKUTA und C. DAN. REUSCH.

Ich habe meiner Seits nichts vor mich, als einige nicht gantz mislungene Bestrebungen in dem Stande, worin ich mich befinde, die aber das Glück gehabt haben, das gnädige Augenmerk von Ew. Excellenz zu erwerben. Eben demselben stelle ich auch mein gegenwärtiges unterthäniges Ansuchen gänzlich anheim, und indem ich mir die Fortdauer der Gnade erbitte, deren ich bis daher gewürdigt worden, bin ich in tiefster Submission

Ew. Excellenz

unterthäniger Knecht

Immanuel Kant.“

Der Adressat dieses Briefes ist ungewiß; aller Wahrscheinlichkeit nach war er an den Freiherrn ERNST FRIEDEMANN VON MÜNCHHAUSEN, welcher im Jahre 1763 als vierter Justizminister für das Geistliche Departement bestellt worden war¹ und als solcher die erwähnten Reskripte vom 5. August und 24. Oktober 1764 mit unterzeichnet hatte, gerichtet. MÜNCHHAUSEN wenigstens forderte am 2. November von der preussischen Regierung in Königsberg ein Gutachten ein über den „Unserm Ober-Curatorio durch seine Metaphysische und andere Schriften bekannt gewordenen geschickten Magister KANT“² und brachte ihn am 14. Februar 1766 dem Könige für den erbetenen Posten als einen Mann in Vorschlag, „der durch verschiedene, mit Beifall aufgenommene Schriften bekannt geworden und bishero, ohne die geringste Besoldung der Universität sehr nützliche Dienste geleistet hat“.³ Durch Kabinetsordre von gleichem Datum wurde KANT zum Unterbibliothekar mit einer jährlichen Besoldung von 62 Thln. ernannt.⁴ WALD sagt

¹ Vergl. STÖLZEL, *Brandenburg-Preussens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung*. II, Berlin 1888, S. 243 ff.

² *Geh. Staatsarchiv Berlin* a. a. O.

³ Ebenda.

⁴ Abgedruckt bei SCHUBERT (Werke XI 2, S. 51 f.).

uns,¹ er habe sein Amt deshalb besonders lästig gefunden, weil mehr Neu- als Wissbegierige die Bibliotheken zu besuchen pflegen; jedenfalls legte er es, nachdem er im März 1770 eine ordentliche Professur erlangt hatte, bald darauf nieder und begründete sein Entlassungsgesuch unterm 14. April 1772 dahin, „daß es nicht allein ungewöhnlich sei, daß die Stelle eines Subbibliothecarii von einem Professore Ordinario bekleidet werde, sondern sich auch solche mit den Obliegenheiten dieses letzteren Posten und der Eintheilung seiner Zeit nicht wohl vereinigen lasse“.²

2. Aus den Vorlesungsverzeichnissen der Universität Königsberg.³

Als Professor WALD an die Ausführung der ihm übertragenen Gedächtnisrede⁴ auf KANT ging, war er durch einen kranken Fuß verhindert, sich persönlich Nachrichten bei den Männern, welche KANT als Kollegen oder Freunde näher gestanden hatten, über ihn zu sammeln. Diesem Umstande hat man ein reiches, schätzenswertes biographisches Material zu verdanken, zu dem KANTS bedeutendste Königsberger Zeitgenossen nach bestem Wissen beigesteuert haben. WALD wandte sich nämlich brieflich an BOROWSKI, REUSCH, JOH. SCHULTZ, WANNOWSKI, HEILSBURG, KRAUS, WASIANSKI und GENSICHEN mit Fragen mancherlei Art. Sie waren

¹ Bei REICKE, a. a. O. S. 8.

² *Geh. Staatsarchiv Berlin* R. 76: Acta des Kgl. Ober-Curatoriums der Universitäten, Kgl. Schloß-Bibliothek zu Königsberg vol. IV, 1770—1805 Abth. II, No. 260.

³ *Geh. Staatsarchiv Berlin* R. 76: Acta des Kgl. Ober-Schul-Collegii, Lections-Catalogi der Universität Königsberg, I, 1787—1796, Abth. II, No. 255; II, 1797—1804, Abth. II, No. 266.

⁴ Vergl. oben S. 55.

numeriert; die Antworten erfolgten von den meisten ad marginem vermerkt an WALD zurück. WALD hatte diese Schreiben mit den übrigen von ihm angelegten handschriftlichen und gedruckten Collectaneen zusammengeheftet; sie sind dann von REICKE in seinen *Kantiana*¹ veröffentlicht worden.

Eine der Fragen WALDS: „Wann hörte KANT zu lesen auf?“ ist von BOROWSKI, REUSCH und SCHULTZ und zwar von jedem in anderer Weise beantwortet worden. BOROWSKI schrieb: „zuletzt, ich glaube es sind acht oder neun Jahr, hörte er ganz auf“,² REUSCH: ni fallor a. 1796/97“,³ SCHULTZ: „etwa 1797, doch weiß ich es nicht ganz gewiß“. ⁴

Von den beiden neuen Biographen läßt SCHUBERT infolge der Königl. Kabinetsordre vom 1. Oktober 1794⁵ KANT mit dem Sommer 1795 alle seine Privatvorlesungen einstellen und von Michaelis 1797 ab auch keine öffentlichen Vorlesungen mehr halten;⁶ in gleichem Sinne äußert sich K. FISCHER.⁷

Authentischen Aufschlus über die für das Leben eines bedeutenden Mannes nicht unwesentliche Frage, wann derselbe seine Lehrthätigkeit abgeschlossen hat, gewähren uns die im *Geheimen Staatsarchiv zu Berlin* beruhenden Entwürfe, welche über die zu haltenden Vorlesungen durch den akademischen Senat bei dem ostpreussischen Etatsministerium eingereicht und dann dem Oberschulkollegium zur Approbation vorgelegt wurden, sowie die gedruckten Verzeichnisse der wirklich gehaltenen Vorlesungen.

Nach diesen Quellen hat KANT im Sommersemester 1795 öffentlich über Logik vor 50 Zuhörern, privatim vor 33 Zuhörern über physische Geographie gelesen, im Wintersemester

¹ Vergl. oben S. 55, Anm. 1.

² REICKE, a. a. O. S. 32.

³ A. a. O. S. 35.

⁴ A. a. O. S. 37.

⁵ Vergl. oben S. 48.

⁶ Werke XI 2, S. 140 u. 146.

⁷ A. a. O. III, S. 60 u. 84.

1795/96 öffentlich vor 50 Zuhörern über Metaphysik, privatim vor 53 Zuhörern über Anthropologie und empirische Psychologie. Im Sommersemester 1796 hat er dann zum letzten Male den Lehrstuhl bestiegen, um öffentlich über Logik vor 40 Zuhörern und privatim über physische Geographie vor 23 Zuhörern zu docieren. Für das Wintersemester 1796/97 kündigte er eine öffentliche Vorlesung über Metaphysik an, erklärte aber in dem gedruckten Verzeichnis: „Ich habe Alters und Unpäßlichkeit halber keine Vorlesungen halten können;“ im Sommersemester 1797 wollte er öffentlich Logik und privatim physische Geographie lesen, fügte der Ankündigung jedoch bereits hinzu „modo per valetudinem seniumque liceat.“ Der für das Wintersemester 1797/98 dem Etatsministerium vorgelegte Entwurf endlich enthält die Erklärung: „Ob infirmitatem senilem lectionibus non vacabit facult. philos. Senior venerabilis KANT.“

3. KANTS Gehaltsverhältnisse.

Die ökonomische Stellung KANTS als Universitätslehrer berührt SCHUBERT in seiner Biographie an zwei Stellen.¹ Er sagt uns, KANT habe seine ordentliche Professur im Jahre 1770 mit einem Einkommen von höchstens 400 Thlrn. aus dem fixierten Gehalte und den Emolumenten angetreten; im Jahre 1789 habe sein Gehalt im ganzen 440 bis 450 Thlr. betragen, dazu sei die ihm durch Königl. Reskript vom 3. März 1789 gewährte außerordentliche persönliche Jahreszulage von 220 Thalern getreten, und zu einer höheren Besoldung sei er auch späterhin nicht gelangt. Nach diesen Angaben SCHUBERTS hat dann K. FISCHER² KANTS Jahresgehalt seit 1789 auf rund

¹ Werke XI 2, S. 56 und 72 Anm.

² A. a. O. III, S. 57 Anm.

620 Thaler angegeben. — Die Berliner Archivakten gestatten uns, die Besoldung des Philosophen genauer zu bestimmen.

Am 29. März 1770 meldete der Justizminister VON FÜRST König FRIEDRICH dem Großen den Tod des Königsberger Professors der Mathematik LANGHANSEN, welcher „außer einigen Emolumens 177 Thlr. 70 Gr. Preufs. fixirte Besoldung“ bezogen habe, und nahm an dessen Stelle FRIEDR. JOH. BUCK, der die Professur der Logik und Metaphysik in Königsberg bekleidete und „bisher nur 166 Thlr. 60 Gr. fixirte Besoldung gehabt“, in Aussicht. „Statt des BUCK aber,“ heisst es dann weiter, „kann ich zum Lehrer der Philosophischen Wissenschaften keinen vorschlagen, welcher der Universität mehr Nutzen bringen könne, als der durch seine Schriften schon in und außer Deutschland berühmte M. KANT.“¹ FRIEDRICH entschied durch ein „bene“ ad marginem zu Gunsten KANTS, dessen Anfangsgehalt demnach, wenn auch einige Emolumente hinzutraten, erheblich geringer gewesen sein muß, als SCHUBERT annimmt.

Im August 1780 erhielt KANT die durch den Tod des Professors CHRISTIANI erledigte Stelle im akademischen Senat „mit den dabey aufkommenden Emolumenten à 27 Thlr. 75 Gr. 10 Pfg.“²

Erst im Jahre 1786 bezog er ein Gesamteinkommen³ von 417 Thlrn. 36 Gr. 4 Pfg., welches sich aus den folgenden Posten zusammensetzte:

Fixirtes Gehalt:	255	Thlr.	80	Gr.	12	Pfg.
als Dekan:	25	„	—	„	—	„
„ Senator:	36	„	45	„	10	„
„ Senior der Fakultät:	100	„	—	„	—	„

¹ *Geh. Staatsarchiv Berlin*, R. 7, No. 190.

² *Ebenda*.

³ *Ebenda*, R. 76: *Acta des Kgl. Ober-Schul-Collegii*, Tabellen der Professoren und ihrer Besoldung, eingereicht vom akademischen Senat, Abth. II, No. 238.

Im Jahre 1787 erhöhte sich das fixierte Gehalt auf 342 Thlr. 64 Gr. 4 Pfg., so daß er nun 504 Thlr. 19 Gr. 14 Pfg. erhielt. Durch die außerordentliche Zulage FRIEDRICH WILHELMS II. von 220 Thlrn gelangte er im Jahre 1789 auf 725 Thlr. 60 Gr. 9 Pfg.; ein annähernd gleiches Gehalt bezog an der Universität Königsberg zu derselben Zeit nur CARL CHR. MANGELSDORFF als Professor der Beredsamkeit und Dichtkunst.

Eine wesentliche Erhöhung der Besoldung trat für KANT bis zu seinem Tode nicht ein; er erhielt in den letzten Jahren im ganzen 749 Thlr. 23 Gr. 10 Pfg.¹ und zwar als Professor der Logik und Metaphysik 385 Thlr. 43 Gr. 17 Pfg., als Senator 43 Thlr. 69 Gr. 11 Pfg., als Senior der Fakultät 100 Thlr. und an persönlicher Zulage 220 Thlr.

¹ *Geh. Staatsarchiv Berlin* R. 76: Acta des Kgl. Ober-Curatorii der Universitäten, Besetzung der Lehrstellen in Königsberg, IV, 1803/5, Abt. II, No. 249: Konsignation des Gehalts und der Emolumente des am 12. Febr. 1804 verst. I. KANT nach dem pro 1. Juni 1801/07 konfirmierten Etat.

Fromm, Emil

Immanuel Kant und die preussische Censur nebst kleineren Beiträgen zur
Lebensgeschichte Kants ; nach den Akten im Königl. Geheimen Staatsarchiv
zu Berlin

Hamburg & Leipzig 1894

Biogr. 572 df

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11571429-1